

Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus

Berichtszeitraum 2019-2021

Erfurt, 15.12.2020

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Teil I	3
1. Antisemitische Einstellung in der Bevölkerung– Erkenntnisse des THÜRINGEN-MONITORS	3
2. Antisemitismus während der Corona-Krise in Thüringen	6
3. Antisemitisch motivierte Straftaten	7
4. Antisemitische Vorfälle in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive	13
5. Antisemitische Hetze	16
Teil II	18
Institutionen und Maßnahmen der Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus	18
1. Thüringer Staatskanzlei (TSK)	18
a) Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“	18
b) Kulturförderung mit Bezug auf jüdisches Leben	19
c) Gedenkstättenarbeit/Erinnerungskultur	20
d) Museumsarbeit	22
e) Interkultureller/Interreligiöser Dialog	24
f) Bundesratsinitiativen	24
g) Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)	26
2. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)	30
a) Schule/Bildung	30
b) Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) ..	33
c) Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	34
3. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) ..	40
a) Aus-/Fortbildung in der Justiz	40
b) Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge	41
4. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)	43
a) Polizei	43
b) Landespräventionsrat Thüringen – AG Antisemitismus	44
c) Brand- und Katastrophenschutz	46
5. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)	47
a) Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Opferentschädigungsgesetz (OEG)	47
b) Bund der Heimatvertriebenen e. V. (BdV) – Landesverband Thüringen	47
6. Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)	47
Sicherheit jüdischer Einrichtungen	47
7. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG)	48
Hochschulen/Forschung	48

Teil III	57
Vorschläge und Handlungsempfehlungen	57
Literaturverzeichnis:	60
Verwendete Literatur:.....	60
Weiterführende Literatur:	61
Anhang	68
Definition von Antisemitismus.....	68
Beispiele und Erklärungshilfen:	68

Vorwort

Die zunehmende Verächtlichmachung von Demokratie und Menschenrechten sowie aggressiv auftretende Formen von Antisemitismus, Rassismus, Extremismus und sozialen bzw. religiösen Vorurteilen in unserer Gesellschaft führen uns deutlich vor Augen, dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich sind. Es bedarf deshalb mündiger Bürgerinnen und Bürger und einer starken Zivilgesellschaft. Die Herabwürdigung von als anders wahrgenommenen Menschen, insbesondere von Jüdinnen und Juden, scheint ein schwer auszutreibendes Übel zu sein, das trotz aller erschreckenden historischen Erfahrungen bis ins Heute hineinreicht. Leider müssen wir auch in Thüringen eine stetige Zunahme einer antisemitischen Einstellung der Bevölkerung wie auch der damit einhergehenden Straftaten feststellen. Die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken gegen jegliche Formen von Voreingenommenheit, Fehlinformationen und abstrusen Verschwörungsmythen sowie einer allgemeinen Verrohung zu begegnen ist deshalb eine Herausforderung unserer Zeit. Antisemitische Hetze war das Gift, das über seine hemmungslose Verbreitung im Netz den Attentäter von Halle infiziert und verblendet hat. Der Gefahr von Gewaltexzessen etwa durch die bauliche Verbesserung jüdischer Einrichtungen vorzubeugen, behandelt bei all seiner traurigen Notwendigkeit nur das Symptom verderbter und toleranzfeindlicher Weltsichten. Solche Entwicklungen zu erkennen und ihnen Einhalt zu gebieten, kann nicht allein von öffentlichen Stellen und Einrichtungen geleistet werden; hier sind Staat und Gesellschaft in besonderem Maße auf die Mithilfe ziviler Organisationen angewiesen. Die gerade erklärte Absicht der Bundesregierung, einen Straftatbestand „rassistische und antisemitische Hetze“ zu schaffen, bedeutet einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, um nach außen zu demonstrieren, dass das ungezügelte Entäußern einer antisemitischen Haltung nicht nur gesellschaftlich geächtet wird, sondern auch konkret strafrechtlich relevant ist und kein Kavaliersdelikt darstellt. Einen Straftatbestand mit speziell antisemitischem Bezug gibt es bisher nur als Unterfall der „Volksverhetzung“ in Form der Leugnung des Holocaust. Die Bekämpfung des Antisemitismus durch konsequente und wirksame restriktive Maßnahmen kann dabei nur ein Mittel zum Erfolg sein. Daneben besteht in der Präventionsarbeit eine notwendige und fortdauernde Aufgabe. Dem Unwissen zu begegnen bleibt ein Bildungsauftrag, der sich an alle Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung richtet.

Funktion und Arbeitsgrundlage des Landesbeauftragten für die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus

Der Beauftragte wurde am 22. Januar 2019 von der Landesregierung berufen. Er ist Ansprechpartner für die jüdische Landesgemeinde und Jüdinnen und Juden im Freistaat. Darüber hinaus koordiniert er ressortübergreifend die Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur sowie Maßnahmen und Instrumente der Bekämpfung des Antisemitismus. Die Staatssekretärin für Kultur in der Staatskanzlei nimmt die Funktion der Vertretung des Beauftragten wahr.

Seine Arbeit zielt darauf ab, die Bedürfnisse und Perspektiven jüdischer Bürgerinnen und Bürger sowie jüdischer Institutionen im staatlichen Handeln zu berücksichtigen, die Pflege jüdischen Erbes zu stärken und gemeinsam mit den für Antisemitismusbekämpfung benannten Beauftragten in den für Bildung, Justiz und Inneres zuständigen Ministerien die Durchführung von Begegnungs-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, die Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die Umsetzung wissenschaftlicher und praktischer Erkenntnisse aus der Bekämpfung des Antisemitismus zu befördern.

Die Arbeit des Beauftragten wird von einer Geschäftsstelle des um diese Funktion erweiterten bisherigen Referats 21 der Staatskanzlei, „Strategische Planung“, unterstützt.

Der Beauftragte stimmt sich mit den benannten Beauftragten in den für Bildung und für Justiz zuständigen Ministerien sowie dem Leiter der Fachstelle Extremismusprävention im Ministerium für Inneres und Kommunales ab.

Mit den Vorsitzenden des Freundeskreises Israel im Thüringer Landtag wurde die Vereinbarung getroffen, regelmäßig über die Arbeit des Beauftragten, insbesondere zu Aspekten, die die Beziehungen zu Israel betreffen, zu berichten.

Teil I

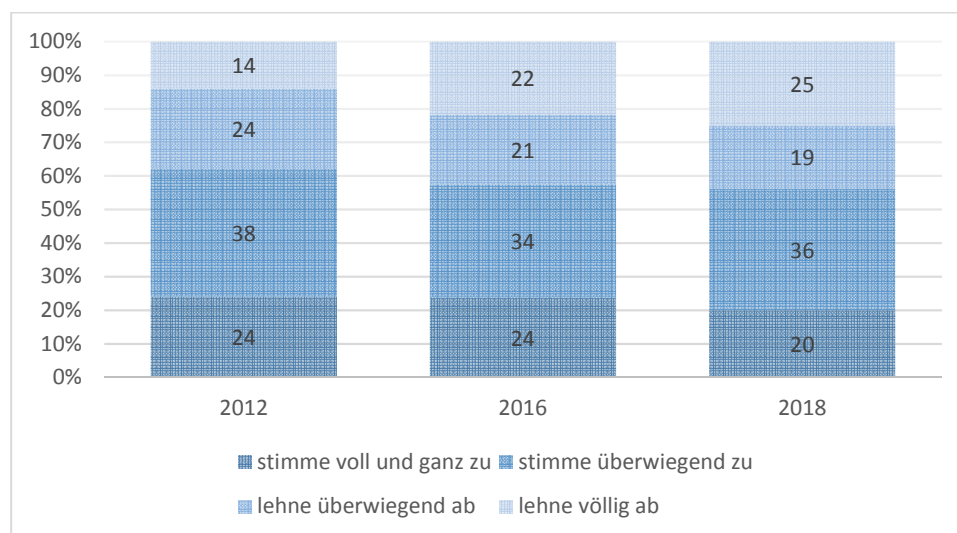
1. Antisemitische Einstellung in der Bevölkerung – Erkenntnisse des THÜRINGEN-MONITORS

Antisemitische Einstellungen, Klischees, Vorurteile und Gewalttaten sind eine Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft. Sie sind in allen gesellschaftlichen Milieus, Bildungsschichten sowie religiösen und politischen Strömungen vorhanden. Antisemitismus existiert nicht nur im rechten und rechtsextremen Spektrum.

Die Thüringer Landesregierung hat in Reaktion auf den Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im Jahre 2000 den THÜRINGEN-MONITOR etabliert. Der THÜRINGEN-MONITOR ist eine in diesem Umfang bisher einzigartige soziologische Langzeitstudie über die politische Kultur in einem Bundesland. Sie wird im Auftrag der Landesregierung von einem Team aus Forscherinnen und Forschern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeitet und erscheint jährlich.

Der THÜRINGEN-MONITOR zeigt, dass seit 2012 die Bereitschaft der Thüringer Bevölkerung zur Öffnung und Toleranz abgenommen hat (s. Abb. 1). Während im Jahr 2012 noch 62% der Bewohnerinnen und Bewohner des Freistaates der Aussage, dass man sich in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen müsse, voll und ganz oder überwiegend zustimmten, waren es in 2016 nur noch 58% und 2018 nur noch 56%.

Abb. 1: „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“ (in Prozent)



Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2018, S.123, Abb. 87 – neu erstelltes Diagramm

Zu den Untersuchungsfeldern des THÜRINGEN-MONITORS gehört neben der Zustimmung zu einer pluralen Gesellschaft auch die Messung antisemitischer Einstellungen mittels Indikatoren für den primären und sekundären sowie israelbezogenen Antisemitismus. So ist der Indikator „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen

nicht so recht zu uns" (primärer Antisemitismus) von Beginn an regelmäßiger Bestandteil des Fragenkatalogs zur Messung rechtsextremer Einstellungen. 2013 wurde zum ersten Mal auch sekundärer Antisemitismus über den Indikator „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind" erfasst. Seit 2017 wurde darüber hinaus der israelbezogene Antisemitismus („Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat") gemessen.

Abb. 2: antisemitische Einstellungen 2013-2019

(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“, zusammengefasst)

Antisemitismus	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
"Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns" (<i>primärer Antisemitismus</i>)	16	9	14	10	9	9	15
"Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind" (<i>sekundärer Antisemitismus</i>)	27	26	21		29	32	32
"Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat" (<i>israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus</i>)	32	34	27				

Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2019, S. 63, Abb. 42 – neu erstellte Tabelle

Die Erhebungen hierzu machen sichtbar, wie hartnäckig sich antisemitische Einstellungen halten, lassen aber keine stabilen Tendenzen erkennen (s. Abb. 2). So stimmten im Jahr 2019 16% der Bevölkerung in Thüringen der Aussage zu, dass Juden nicht so recht in die Thüringer Gesellschaft passen würden (primärer Antisemitismus), was einen statistisch signifikanten Anstieg um 7 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr sowie den Höchstwert des Betrachtungszeitraums bedeutet. Nachdem die Zustimmung zu dieser Aussage von 2013 auf das Folgejahr gesunken war, ist der prozentuale Anteil der Zustimmungswerte von 2014 bis 2017 jährlich gestiegen und danach zum Jahr 2018 um 5 Prozentpunkte gesunken. Auch die Zustimmung zu der Aussage, Juden würden aus ihrer Opferrolle in der Nazi-Zeit heute einen Vorteil ziehen (sekundärer Antisemitismus), ist seit dem Jahr 2017 gestiegen und umfasste 2019 27% der Befragten. Ein noch größerer Teil (32%) ist in seiner Haltung dem israelbezogenen bzw. antizionistischen Antisemitismus zuzuordnen. Zu der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat" liegen Umfragewerte aus den Jahren 2017 bis 2019 vor, die ebenfalls gewisse Schwankungen aufweisen. So ist von 2017 auf das Jahr 2018 der zustimmende Bevölkerungsanteil um 7 Prozentpunkte gestiegen und zum Jahr 2019 wiederum um 2 Prozentpunkte gefallen. Im Ergebnis tendiert im Jahr 2019 fast jeder dritte Befragte zu einem israelbezogenen Antisemitismus. Auffällig ist außerdem, dass im direkten Vergleich der Jahre 2018 und 2019 die Zustimmung zu den Aussagen zum sekundären und israelbezogenen Antisemitismus relativ konstant geblieben ist, wohingegen sich der zustimmende Teil der Befragten zur Aussage des primären Antisemitismus beinahe verdoppelt hat. Die weitere Entwicklung dieser Zahlen muss beobachtet werden.

Aus der Analyse der THÜRINGEN-MONITORE 2018 und 2019 lässt sich feststellen, dass die Befragten, die der primär-antisemitischen Aussage zustimmen, statistisch signifikant häufiger gewaltbereit sind (20%) als die Befragten, die diese Aussage nicht für sich gelten lassen (6%). Die Gewaltbereitschaft des zustimmenden Teils der Bevölkerung zu Aussagen des sekundären Antisemitismus beträgt 16% und zur Aussage des israelbezogenen Antisemitismus 12%.

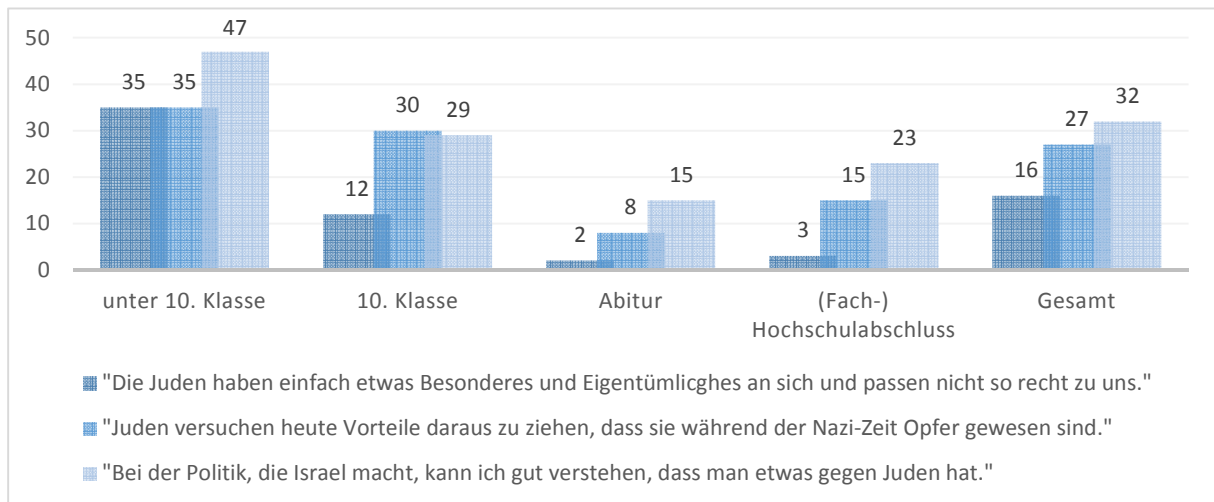
Der Aussage in Form des primären Antisemitismus („Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht recht zu uns“), stimmten im Vergleich zu den anderen beiden Aussagen („Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind“; „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“) der geringste Anteil der Befragten zu, wobei die Gewaltbereitschaft unter diesen Befragten am größten ist. Der Aussage des israelbezogenen Antisemitismus stimmten prozentual gesehen die meisten Befragten zu, wobei die Gewaltbereitschaft unter diesen Personen am geringsten ist. Auch in Thüringen können vor allem die tradierte Abwertung von Jüdinnen und Juden sowie die sogenannte „Schuldabwehr“ – verkürzt – als Phänomene beschrieben werden, die bei selbsterklärten „Rechten“ am häufigsten (und gewissermaßen typisch) sind, wenngleich sie fast in allen anderen Befragtengruppen ebenfalls auftreten; der israelbezogene Antisemitismus jedoch ist ein gesellschaftlich noch viel breiteres Phänomen. Insgesamt weist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen im Jahr 2019 im mittelfristigen Vergleich der vergangenen sechs Jahre einen Höchstwert auf.

Ebenfalls auf einem Höchststand befinden sich die Zustimmungswerte zur angeblichen Überlegenheit der Deutschen und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ stimmten im Jahr 2018 18% der Befragten zu, wobei dieser Anteil im Jahr 2019 statistisch signifikant um 8 Prozentpunkte auf 26% angestiegen ist.

Bei diesen Zahlen ist auch ein Bildungszusammenhang erkennbar.

Die Zustimmungswerte zur vermeintlichen deutschen Überlegenheit, zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus sind nicht in allen Teilen der Bevölkerung Thüringens gleichmäßig angewachsen, denn innerhalb der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen und unter denjenigen mit höherem Bildungsgrad ist für keine der genannten Aussagen ein Anstieg zu verzeichnen. Hingegen stimmten die Bewohner Thüringens mit einem geringeren Bildungsgrad, aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten oder Dorfgemeinden unter 5.000 Einwohnern den Aussagen 2019 deutlich häufiger zu als noch 2018. Besonders auffällig ist ein Anstieg unter der Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen, die sich selbst als (Fach-)Arbeiter bezeichnet (s. Abb. 3). Während im Jahr 2018 nur rund ein Fünftel dieser Bevölkerungsgruppe die Deutschen als überlegen ansah, hat sich dieser Anteil 2019 mit fast 42% in etwa verdoppelt. Im Vergleich zum Jahr 2018 nehmen dreimal so viele (Fach-)Arbeiter „auch gute Seiten“ des Nationalsozialismus wahr.

Abb. 3: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nach Bildung im Jahr 2019 (in Prozent)



Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2019, S.68, Abb. 46 – neu erstelltes Diagramm

Mit Blick auf den schulischen Bildungsgrad ist die Zustimmung hinsichtlich aller drei Kategorien antisemitischer Aussagen beim Bildungsniveau unterhalb der Klassenstufe 10 am höchsten und nimmt mit immer höher werdendem Bildungsgrad zunächst ab. Im direkten Vergleich der Gruppen „unter Klasse 10“ und „Abitur“ ist markant, dass die Zustimmung zu allen antisemitischen Aussagen bei Menschen mit Abitur merklich niedriger ist. Allein bei der Aussage zum primären Antisemitismus liegt die Differenz zwischen Einwohnern Thüringens mit Abitur und Menschen mit einem Bildungsniveau unterhalb der Klassenstufe 10 bei 33 Prozentpunkten. Daraus lässt sich ableiten, dass antisemitische Aussagen mit niedrigerem Bildungsniveau zunehmen. Bei der Bevölkerung mit (Fach-)Hochschulabschluss nimmt die Zustimmung zu den antisemitischen Aussagen im Vergleich zu den Bevölkerungsteilen mit Abitur wieder zu, bleibt jedoch deutlich unter den prozentualen Zustimmungswerten der Menschen mit dem Bildungsniveau der 10. Klasse oder niedriger.

2. Antisemitismus während der Corona-Krise in Thüringen

Nach der aktuellen 10. Leipziger Autoritarismus-Studie sind in der derzeitigen Corona-Pandemie in Deutschland Verschwörungsmymthen weit verbreitet (<https://www.wissen.de/leipziger-autoritarismus-studie>).

In der Studie mit dem Titel „Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität“ gab es bei 47,8 % der Befragten eine deutliche Zustimmung zu der Aussage: „Die Hintergründe der Corona-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen“ und bei 33 % zu der Aussage: „Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige davon profitieren können“. Im Osten waren diese Überzeugungen dabei wesentlich stärker ausgeprägt als im Westen. Der Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig sprach bei der Vorstellung in Berlin von einer Zunahme solcher Einstellungen und warnte, dass Verschwörungsmymthen als „Einstiegsdroge“ für ein antimoderne Weltbild wirken könnten.

Verschwörungsmythen seien neben der Ausländerfeindlichkeit derzeit sehr tragfähige Bindeglieder zwischen den verschiedenen antidemokratischen Milieus – genauso wie Antisemitismus und Antifeminismus.

Wie in der gesamten Bundesrepublik gab und gibt es auch im Freistaat Thüringen diverse Protestkundgebungen und -bewegungen gegen die Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Bereits im Mai warnte Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland davor, dass Rechtsradikale im Rahmen der Corona-Krise versuchen, Ängste zu schüren und antisemitische Verschwörungsmythen und rechtsradikale Ideologeme zu verbreiten (<https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/verschwoerungsmythen-und-corona-demos/>)

In Thüringen machten der Vorstandsvorsitzende von MOBIT e.V. (s. a. u. 4. S. 13) und der Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena zur gleichen Zeit darauf aufmerksam, dass Rechtsextreme aktiv und erfolgreich daran arbeiten, die Proteste für sich zu vereinnahmen (https://mobit.org/presseerklaerung/mobit_idz-rechtsextreme-vereinnahmung-der-corona-krise/).

Wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Thüringer Landtag hervorgeht, kam es allein zwischen dem 11. April und dem 8. Juni 2020 zu 322 Demonstrationen gegen die Corona-Politik in Thüringen. Bei mindestens 17 dieser Demonstrationen nahmen Anhänger rechtsextremer Parteien und Initiativen teil (Antwort auf die Kleine Anfrage 7/616 in Drucksache 7/1456 vom 17. August 2020).

Parallel zu den Protesten auf der Straße findet ein auf Thüringen fokussierter Austausch auch online statt. Beispielsweise im Messengerdienst Telegram wird in einem öffentlich zugänglichen Chat mit dem Titel „Thüringen steht auf!“ mit derzeit 760 Mitgliedern (Stand 19.10.2020) und über 100 Posts pro Tag seit Anfang Mai ein breites Spektrum an Verschwörungsmythen verbreitet, die zum Teil offen antisemitisch sind. So werden etwa die „Protokolle der Weisen von Zion“ verbreitet, aber auch sekundärer Antisemitismus propagiert. Hinzu kommen zahlreiche menschenfeindliche, insbesondere rassistische Posts; auch Artikel aus dem AfD-nahen seit März 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuften „Compact“-Magazin werden rege geteilt.

Sowohl auf der Straße als auch im Netz ist zwar nur ein geringer Anteil der Teilnehmenden offen rechtsextrem. Da deren offensichtlich antisemitischen und menschenfeindlichen Äußerungen jedoch innerhalb der Protest-Gruppen unwidersprochen bleiben, ist ein Gewöhnungseffekt an rechtsextremes und antisemitisches Gedankengut zu befürchten.

3. Antisemitisch motivierte Straftaten

Der Begriff bezieht sich auf Fallzahlen der „Politisch Motivierten Kriminalität“ (PMK). Der PMK werden nach einem bundeseinheitlichen Definitionssystem Straftaten u. a. dann zugeordnet, wenn „in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tat-

sächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o. g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.“

Innerhalb der PMK werden Straftaten wiederum sog. „Phänomenbereichen“ zugeordnet, diese sind „PMK-rechts“, „PMK-links“, „PMK-ausländische Ideologie“ sowie „PMK-religiöse Ideologie“.

Nur etwa ein Fünftel antisemitischer Vorfälle wird überhaupt gemeldet bzw. bei der Polizei angezeigt (sog. „Underreporting“, vgl. Anne Goldenbogen, Caterina Zwillig: „Antisemitisch motivierte Straftaten“ in: Anders Denken, die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, 2020). Da aber ein großer Teil der betroffenen Jüdinnen und Juden den Weg zur Polizei meidet und viele der Erfahrungen im Alltag der Betroffenen unterhalb einer Strafbarkeitsgrenze liegen, kann die PMK-Statistik immer nur eine Aussage über das so genannte Hellfeld, also die Zahl der angezeigten Fälle liefern. Erstmals wurde auf das Problem des „Underreporting“, also des Nicht-Meldens oder Nicht-Anzeigens antisemitischer Vorfälle in einer europaweiten Umfrage der European Agency for Fundamental Rights (FRA) aus dem Jahr 2013 hingewiesen.

Die Statistiken können mithin nur das widerspiegeln, was von der Polizei erfasst worden ist. Bei der PMK ist darüber hinaus zu beachten, dass die Zuordnung von Taten gleich zu Beginn eines Verfahrens erfolgt, so dass spätere Erkenntnisse, die womöglich eine andere Bewertung erlauben, nicht zwingend berücksichtigt sein müssen. Ein weiteres Problem stellt das Erkennen antisemitischer Vorfälle dar. Ob eine angezeigte antisemitische Straftat auch den zuständigen Landeskriminalämtern zur Kenntnis gebracht und als solche vom polizeilichen Staatsschutz verfolgt wird, hängt in hohem Maß von den Erfahrungen, dem Kenntnisstand und der Sensibilität der Beamtinnen und Beamten, die eine Anzeige entgegennehmen, ab, und ob die übermittelten Informationen den antisemitischen Gehalt ausreichend ausweisen. Das Erkennen antisemitischer Tatmotive ist insbesondere dann erschwert, wenn weniger offensichtliche Formen von Antisemitismus, z.B. israelbezogener Antisemitismus oder Verschwörungsideologien, eine Rolle spielen.

Erschwert wird die Erfassung antisemitisch motivierter Straftaten außerdem durch das spezifische polizeiliche Zählsystem: Wird beispielsweise ein Fall von antisemitischer Beleidigung mit folgender Körperverletzung zur Anzeige gebracht, geht nur der schwerere Straftatbestand, in diesem Falle also die Körperverletzung, in die Statistik ein.

Insbesondere können die polizeilichen Statistiken keine Auskunft darüber geben, ob die dort erfassten Taten tatsächlich in strafbarer Weise begangen worden sind. Denn nicht jedes von der Polizei wegen des Verdachts einer Straftat eingeleitete oder erfasste Verfahren führt zu einer Verurteilung. Erst mit der Verurteilung durch ein Gericht kann verbindlich eine Tatbegehung festgestellt werden (vgl. Falk Schnabel „Antisemitische Straftaten“ in: Themenheft 2019,

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Deutscher Koordinierungsrat, S. 34 f.).

Auch die Klärung des Motivs spielt eine entscheidende Rolle. Hier kommt es auf die Sensibilität und Fachkompetenz der zuständigen Beamtinnen und Beamten an. Denn sie bestimmen, ob eine Tat als antisemitisch eingestuft wird oder nicht, wenn der/die Beschuldigte nicht von sich aus schon das antisemitische Motiv einräumt. Gerade in Fällen, in denen keine Täter/innen ermittelt werden können, müssen sich die Beamten/innen die Motivlagen selbstständig erschließen. Dafür braucht es eine gute Kenntnis der entsprechenden Symbole und Codes. Nicht-deutschsprachige Äußerungen oder Schriften machen die Sache häufig noch komplizierter (vgl. Anne Goldenbogen, Caterina Zwilling a. a. O.).

Bei den Staatsanwaltschaften des Freistaats werden antisemitische Straftaten nur verfahrensbezogen und als Unterfall rechtsextremistischer Straftaten für die bundeseinheitliche Statistik zu rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Straftaten zahlenmäßig erfasst und statistisch ausgewertet. Die Anzahl der so erfassten Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten mit antisemitischen Bestrebungen ist in Thüringen seit dem Jahr 2014 gestiegen und erreichte 2017 mit 90 Ermittlungsverfahren den Höchstwert in dem vorliegenden Betrachtungszeitraum (s. Abb. 4). Für das Jahr 2020 liegen die Werte des 1. bis 3. Quartals vor. Im direkten Vergleich mit der Anzahl der Ermittlungsverfahren aufgrund antisemitisch motivierter Straftaten im entsprechenden Bemessungszeitraum 2019 lässt sich jedoch schon eine deutliche Zunahme der Verfahren feststellen. In den Monaten Januar bis September 2019 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 41 Ermittlungsverfahren wegen antisemitisch motivierter Taten eingeleitet, in den gleichen Monaten des Jahres 2020 bereits 67. Das ist eine Steigerung um gut die Hälfte gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 4: Darstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher - und darunter fallende Verfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten

Jahr	Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten	davon mit antisemitischen Bestrebungen	Prozentualer Anteil
2014	705	37	5,25%
2015	883	37	4,19%
2016	1.481	67	4,52%
2017	1.296	90	6,94%
2018	1.197	69	5,76%
2019	1.048	54	5,15%

Quelle: selbsterstellte Tabelle nach Zahlen des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Abgesehen von den unterschiedlichen Erfassungszeitpunkten und dem Gegenstand der Erfassung fällt die Beurteilung, ob den erfassten Straftaten eine antisemitische Motivation zugrunde liegt, bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften durchaus unterschiedlich aus und hängt, wie schon eingangs erwähnt, u. a. vom Erkenntnisgewinn im Laufe eines Verfahrens ab.

Die von der Polizei erfassten Delikte ergeben sich aus Abb. 5.

Abb. 5: Von der Polizei erfasste PMK-Delikte und darunter fallende antisemitisch motivierte Straftaten

Jahr	Erfasste PMK-Delikte insgesamt	Erfasste antisemitisch motivierte Straftaten	Prozentualer Anteil der PMK-Delikte zu antisemitisch motivierten Straftaten
2015	2.072	71	3,43%
2016	2.301	80	3,48%
2017	2.104	58	2,76%
2018	1.798	67	3,73%
2019	2.493	93	3,73%

Quelle: selbsterstellte Tabelle durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales aus Werten der PMK-Statistik 2019 und der Angaben des Thüringer Landeskriminalamtes zu Antisemitischen Straftaten in Thüringen in den Jahren 2015 bis einschließlich 2019 vom 11. September 2020

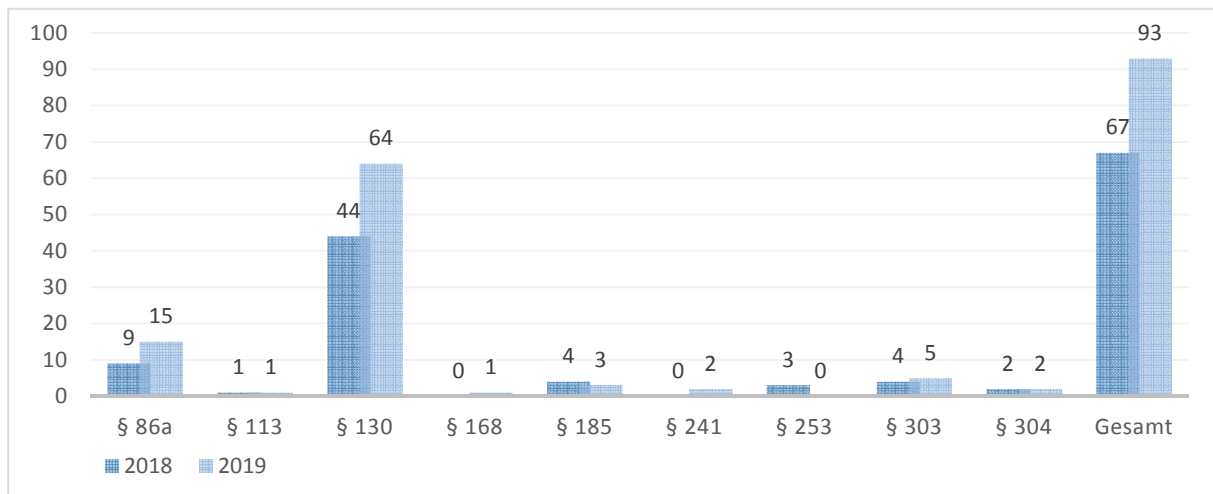
Anhand der prozentualen Aufschlüsselung lässt sich erkennen, dass der Anteil aller im Freistaat Thüringen polizeilich erfassten antisemitisch motivierter Delikte in Bezug auf alle politisch motivierte Delikte im Betrachtungszeitraum von 2015 bis 2019 zwischen 2,76% (2017) und 3,73% (2018/2019) liegt.

Für das Jahr 2018 sind der Thüringer Polizei 67 Delikte bekannt, die als „antisemitisch motiviert“ bewertet wurden. Ein Jahr später, im Jahr 2019, stieg die Gesamtanzahl solcher Delikte bereits auf 93.

Der Thüringer Polizei sind in den Jahren 2018 und 2019 folgende antisemitisch bewertete Straftaten bekannt geworden (s. Abb. 6):

- § 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- § 113 StGB Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- § 130 StGB Volksverhetzung
- § 168 StGB Störung der Totenruhe
- § 185 StGB Beleidigung
- § 241 StGB Bedrohung
- § 253 StGB Erpressung
- § 303 StGB Sachbeschädigung
- § 304 StGB Gemeinschädliche Sachbeschädigung.

Abb. 6: Aufschlüsselung antisemitisch motivierter Straftaten in Tatbestände des Strafgesetzbuchs



Quelle: selbsterstellte Tabelle durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales aus Werten der PMK-Statistik 2019 und der Angaben des Thüringer Landeskriminalamtes zu Antisemitischen Straftaten in Thüringen in den Jahren 2015 bis einschließlich 2019 vom 11. September 2020

Auffällig ist, dass im betrachteten Zeitraum die meisten Delikte mit antisemitischer Motivation nach § 130 StGB (Volksverhetzung) erfasst wurden. Im Jahr 2018 machte das 65,7 %, im Jahr 2019 68,8% aller antisemitisch motivierten Straftaten aus. Danach nimmt die antisemitisch motivierte Volksverhetzung seit 2018 jährlich zu. Das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86a StGB machte 2018 13,4% und 2019 16,1% aller Straftaten mit antisemitischer Motivation aus.

2018 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 69 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Im gleichen Zeitraum kam es hinsichtlich anhängiger Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu einer sonstigen gerichtlichen Entscheidung und zu 12 Verurteilungen:

- 11 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 1 Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bis zu einem Jahr.

Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es im Jahr 2018 zu Verletzten oder Toten. Die materiellen Schäden belaufen sich auf circa 1.900 €.

2019 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 54 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Im gleichen Zeitraum kam es in anhängigen Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu 6 sonstigen gerichtlichen Entscheidungen und 9 Verurteilungen:

- 4 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 1 Verurteilung zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln
- 1 Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten
- 3 Verurteilungen zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bis zu einem Jahr.

Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es im Jahr 2019 zu Verletzten oder Toten. Die materiellen Schäden belaufen sich auf circa 1.800 €.

Im 1. bis 3. Quartal des Jahres 2020 wurden von den Thüringer Staatsanwaltschaften 67 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet und es kam im gleichen Zeitraum in anhängigen Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu 6 sonstigen gerichtlichen Entscheidungen, einem Freispruch und 13 Verurteilungen:

- 10 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 1 Verurteilung zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln
- 2 Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bis zu einem Jahr

Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es im bisher erfassten Zeitraum des Jahres 2020 zu Verletzten, Toten oder einem materiellen Schaden.

Antisemitisch einzustufende Straftaten finden auch an Schulen statt. 2018 wurden an allen Schulformen und in allen Klassenstufen der Schulen des ersten Bildungsweges im Freistaat Thüringen fünf antisemitisch motivierte Straftaten verzeichnet. Von diesen fünf Delikten erfüllte eines den Straftatbestand nach § 86a StGB, wohingegen die anderen vier Delikte den Straftatbestand nach § 130 StGB erfüllten.

An folgenden Schulformen traten die antisemitisch motivierten Straftaten auf:

- 4 Delikte an Regelschulen
- 1 Delikt an einer Förderschule

2019 wurden an allen Schulen in Thüringen erneut insgesamt fünf Delikte antisemitischer Motivation erfasst. Alle erfüllten den Straftatbestand des § 130 StGB.

An folgenden Schulformen traten die antisemitisch motivierten Straftaten auf:

- 1 Delikt an einem Gymnasium
- 2 Delikte an Regelschulen
- 1 Delikt an einer Gemeinschaftsschule
- 1 Delikt an einer Grund-/Regelschule

In beiden Jahren wurden zu allen Fällen strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass bereits an Schulen Straftaten antisemitischer Motivation nach den Straftatbeständen aus § 86a StGB, aber vor allem aus § 130 StGB zu verzeichnen sind. Darüber hinaus fällt auf, dass mindestens 60% aller Straftaten an Regelschulen vorgefallen sind. In den betrachteten Jahren 2018 und 2019 wurde eine antisemitisch motivierte Straftat nur ein einziges Mal an einem Gymnasium polizeilich erfasst. Die Korrelation zwischen dem Bildungsgrad und der und den Feststellungen zur antisemitischen Einstellung in der Bevölkerung (s. Teil I, 1.) scheinen sich hier zu bestätigen.

4. Antisemitische Vorfälle in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive

Um einen qualitativen Einblick in die Artikulationsformen von Antisemitismus in Thüringen zu gewinnen, ist als Ergänzung zu den polizeilich ermittelten Daten der PMK eine wissenschaftliche Auswertung der bisher durch zivilgesellschaftliche Organisationen erfassten Vorfälle sinnvoll. In einer Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) wurden alle von zivilgesellschaftlichen Quellen erfassten antisemitischen Vorfälle in Thüringen der Jahre 2014 bis 2019 zusammengetragen und ausgewertet (Thiele & Ben-Yehoshua 2020, alle folgenden Daten beziehen sich auf diese Studie).

Die Daten wurden aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Chroniken und Informationsportalen zusammengetragen, wie den Chroniken antisemitischer bzw. rechtsextremer Vorfälle der Beratungsstellen ezra und MOBIT e.V. (s. a. u. Teil II 2. c. S. 35 f.) sowie die „Chronik antisemitischer Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung. Weitere Daten gingen über das Online-Meldeportal *report-antisemitism.de* für die Region Thüringen ein. Einige wenige Vorfälle wurden direkt und informell beim IDZ gemeldet.

Da es sich bei diesen Vorfällen sowohl um strafrechtlich relevante Vorfälle, als auch um Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze handelt, ist es erforderlich, die zivilgesellschaftlich erfassten Daten mit den polizeilich ermittelten Daten der PMK zu antisemitisch motivierten Straftaten abzugleichen. Ein solcher Abgleich ist Bestandteil einer größeren Studie zum Antisemitismus in Thüringen, die im Mai 2021 veröffentlicht werden soll.

Im Zeitraum zwischen Ende Mai 2014 bis Dezember 2019 wurden insgesamt 126 antisemitische Vorfälle in Thüringen registriert. Dies entsprach durchschnittlich ca. 22 antisemitischen Vorfällen pro Jahr. In der oben genannten Studie wurden die Vorfälle nach zeitlicher und räumlicher Verteilung, nach Art, Medium und Betroffenen des Vorfalls sowie nach der Artikulationsform und dem politischen Hintergrund der Vorfälle wissenschaftlich ausgewertet. Für den vorliegenden Bericht werden nur Ausschnitte der Studie dargestellt.

Orte der Vorfälle:

43 % der Vorfälle wurden in den kreisfreien Städten Erfurt (20 Vorfälle), Jena (14 Vorfälle), Weimar (12 Vorfälle) und Eisenach (8 Vorfälle) erfasst. In Weimar ereigneten sich 8 der 12 Vorfälle im Kontext der Gedenkstätte Buchenwald und damit verbundenen Exponaten. Bei 4 der 8 Fälle in Eisenach handelt es sich um Schändungen des Gedenkortes für die 1938 zerstörte Synagoge. Relativ viele Vorfälle wurden auch im Ilm-Kreis (10 Vorfälle), im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (10), im Landkreis Gotha (7) sowie im Landkreis Hildburghausen (6) verzeichnet. 6 Vorfälle wurden im Landkreis Nordhausen registriert, von denen sich 3 im Kontext des ehemaligen KZ Mittelbau-Dora ereigneten.

Die meisten Vorfälle ereigneten sich auf Straßen und öffentlichen Plätzen (39), gefolgt von Gedenkortes (26), wozu Gedenkstätten (8), Stolpersteine (4) und sonstige Gedenkzeichen (13) gehören. 11 Vorfälle ereigneten sich auf Privatgeländen, die fast ausschließlich Akteuren der rechtsextremen Szene gehören (vgl. Mobit 2018). 7 Vorfälle ereigneten sich auf jüdischen Friedhöfen, 3 Vorfälle richteten sich direkt gegen aktiv genutzte Synagogen.

Unter der Kategorie „Sonstige Orte“ (23%) wurden u. a. die Gastronomie, Fußballstadien, das Internet und der ÖPNV gezählt. Dazu kommen 2 Vorfälle am Arbeitsplatz, einer an einer staatlichen Geschäftsstelle sowie ein Übergriff im privaten Wohnumfeld.

Arten der Vorfälle und Betroffene:

In der Kategorie **Angriffe** (Vorfälle, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht) wurden **4 Vorfälle** registriert. In der Kategorie **gezielte Sachbeschädigung** (Beschädigung oder Beschmutzung von jüdischem Eigentum und Shoah-Gedenkortern wie Gedenkstätten und -zeichen, Stolpersteinen) wurden **36 Vorfälle** registriert. In der Kategorie **Bedrohung** (jegliche eindeutige und konkret an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen) wurden **8 Vorfälle** registriert. Als **verletzendes Verhalten** (sämtliche analogen oder digitalen antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen/israelischen oder anderen Personen und Institutionen) wurden **37 Vorfälle** registriert. In der Kategorie **Versammlungen** (Versammlungen, auf denen in Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder im Aufruf antisemitische Inhalte festgestellt werden) wurden **41 Vorfälle** registriert. Für 2014-2019 wurden von zivilgesellschaftlicher Seite **keine Vorfälle** von **extremer Gewalt** (physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder die strafrechtlich gesehen schwere Körperverletzungen darstellen) sowie von **Massenzuschriften** (antisemitische Massenpropaganda, analog und digital) verzeichnet. Hervorzuheben ist die hohe Zahl an Vorfällen in Thüringen, die sich nicht direkt gegen jüdische/israelische oder als jüdisch/israelisch identifizierte Personen richtet (82%). Stattdessen wird dem Antisemitismus meist in der Öffentlichkeit an Orten mit symbolischer Wirkkraft Ausdruck verliehen, zum Beispiel in Form von Aufzügen oder Versammlungen (36%), in Form von Schmierereien (30%) oder in Form der Beschädigung und Zerstörung jüdischer Orte oder Gedenkstätten (11%). „Nur“ 8 Mal (6%) kam es zu direkten Übergriffen gegenüber Personen („Face to face“), 4 (3%) Fälle von Drohbrieffen wurden registriert. In weniger als der Hälfte der 126 Fälle (61) wurden konkrete Betroffene registriert, darunter v. a. Institutionen (75%) wie Synagogen, Friedhöfe, jüdische Gedenkort, aber auch Parteien. Nur bei 14 von 126 antisemitischen Vorfällen konnten konkrete Einzelpersonen oder eine Gruppe von Menschen als Betroffene identifiziert werden.

Dieser Befund darf jedoch nicht als Ausweis für einen vermeintlich „harmloseren“ Antisemitismus missverstanden werden. Vielmehr kann dieser „Antisemitismus ohne Juden“ (Lendvai 1972) als ein Spezifikum von Regionen ohne größere jüdische Bevölkerung begriffen werden, zu denen auch Thüringen gehört. Die Antisemitismusforschung hat dieses Phänomen mit dem Auseinanderfallen von antijüdischer Projektion und der Realität erklärt (Salzborn 2010): Antisemitismus existiert unabhängig vom tatsächlichen Verhalten realer Juden und Jüdinnen.

Ideologische Hintergründe der Vorfälle:

Die Spezifik antisemitischer Artikulation in Thüringen lässt sich durch die Analyse antisemitischer Topoi und Motive benennen, die im Rahmen des Vorfalls in Erscheinung treten, etwa durch mündliche oder schriftliche Äußerungen der Täter/-innen, verwendete Symbole oder spezifische Merkmale der Tat. In der Studie wurde unterschieden zwischen **modernem Antisemitismus** (Topoi, die Juden und Jüdinnen eine besondere politische oder ökonomische

Macht vorwerfen, z. B. in Form von Verschwörungsmythen), **israelbezogenem Antisemitismus** (Topoi, die sich in antisemitischer Weise auf den jüdischen Staat Israel beziehen), sog. **Antisemitisches Othering** (Juden und Jüdinnen werden als fremd und nicht-dazugehörig beschrieben, z. B. in Form des Ausdrucks „Du Jude!“ als Schmähung), **völkisch-rassistischer Antisemitismus** (rassistisch begründeter Antisemitismus, darunter auch direkte Bezüge auf die Ideologie des Nationalsozialismus), **Schuldabwehr- bzw. sekundärer Antisemitismus** (Formen von Antisemitismus, die auf die Shoah und die Erinnerung an die Shoah bezogen sind, z. B. Holocaustleugnung, Schlussstrichforderungen) und **Antijudaismus** (religiös begründeter Antisemitismus bzw. Ressentiments gegen die jüdische Religion).

Auffällig ist der hohe Anteil von Vorfällen (60 %), die sich dem Schuldabwehr-Antisemitismus zurechnen lassen (29 % Völkisch-rassistischer Antisemitismus, 23% Antisemitisches Othering, 8 % israelbezogener AS, 6 % moderner AS, 6 % Unbekannt, Mehrfachnennung möglich). Der Schuldabwehr-Antisemitismus artikuliert sich „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“. Er diffamiert Juden und Jüdinnen als „Störenfriede“ einer ersehnten positiven deutschen Normalität, da sie angeblich unablässig an den Holocaust erinnerten. Charakteristischerweise artikuliert sich der Schuldabwehr-Antisemitismus über rhetorische Umwege, wie z. B. über die Relativierung oder Leugnung des Holocausts, über Schlussstrichforderungen oder die Umkehr von Täter/-innen und Opfern (Bergmann 2017). Historisch betrachtet gehörten Bestandteile des Schuldabwehr-Antisemitismus auch zur antizionistischen Politik der DDR (Thiele 2020a, Thiele 2020b).

In Thüringen äußert sich der Schuldabwehr-Antisemitismus in der Zerstörung, Beschädigung oder Schändung von Gedenkorten, -zeichen oder -initiativen, sowie der absichtlichen Störung von Gedenkfeiern, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Wie die Tatortanalyse zeigt, ist die Gedenkstätte Buchenwald bzw. Orte in Weimar, an denen die Gedenkstätte aktiv ist, ein zentraler Tatort antisemitischer Angriffe. Neben den zum Teil sehr gewalttätigen Angriffen auf alle Arten von Gedenkorten in Thüringen artikuliert sich der Schuldabwehr-Antisemitismus vor allem in Form geschichtsrevisionistischer Versammlungen und Veranstaltungen, wie z. B. Solidaritätsmärsche für die verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck. Die zum Teil an den Tag gelegte Brutalität und Zerstörungswut, mit der Gedenkorte in Thüringen zerstört werden, belegen, dass der „Antisemitismus ohne Juden“ nicht minder gefährlich ist. Dies zeigt im Besonderen ein Sprengstofffund auf dem Gelände der Gedenkstätte Mittelbau-Dora im Januar 2020.

Die geschichtspolitische Abwehr, Relativierung und Umdeutung der Erinnerung an Nationalsozialismus und Shoah ist eine ideologische Hauptkomponente **radikal und extrem rechter Politik** und im gesamten rechten Spektrum verbreitet (Botsch 2019, Thiele 2021, Weiß 2018). Dies wird auch durch die hier erhobenen Zahlen zum politischen Hintergrund der Vorfälle unterstützt: Ca. 59 % aller Fälle konnten aufgrund der Täter/-innen oder der Tat eindeutig als rechtsextrem motiviert identifiziert werden. In 24 % der Vorfälle, bei denen der politische Hintergrund „unbekannt“ ist, lässt die Art der Vorfälle vermuten, dass es sich ebenfalls um Täter*innen aus dem rechten Spektrum handelt. Zusätzlich ist zu vermuten, dass die 13 % der Vorfälle, die dem Hintergrund „Fußball“ zugeordnet wurden, auf das Konto rechter Hooligans gehen. (Weitere Vorfälle: 3 % politische „Mitte“, 1 % islamisch motiviert). Zusammengenommen lässt sich sagen, dass mutmaßlich über 90 % der antisemitischen Vorfälle in Thüringen politisch rechts motiviert sind (darunter sind Rechtsextreme, Rechtspopulistische, Reichsbürger/-innen und sonstige Gruppierungen der extremen und radikalen Rechten gefasst). Gerade

für Thüringen gilt, dass der aggressive Schuldabwehr-Antisemitismus auf politischer Ebene durch die geschichtspolitische Agenda der AfD sowohl legitimiert als auch forciert wird. Mit dem rechtsextremen Fraktionsvorsitzenden der Thüringer AfD, Björn Höcke, sitzt ein Politiker im Thüringer Landtag, der bundesweit als zentrales Sprachrohr eines „geschichtsrevisionistische[n] Antisemitismus“ sowie eines „ahistorischen und wahrheitswidrigen Glauben[s] an eine deutsche Opferidentität“ agiert (Salzborn 2019: 205).

Es zeichnet sich ab, dass antisemitische Positionen, die den Holocaust bzw. Nationalsozialismus relativieren und unzulässige Täter-Opfer-Umkehr betreiben, im Kontext der Corona-Proteste weiterhin zunehmen und innerhalb breiterer Bevölkerungsschichten normalisiert werden (vgl. Bundesverband RIAS 2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/ich-fuehle-mich-wie-sophie-scholl-querdenken-rednerin-vergleicht-sich-mit-widerstandskaempferin/26647396.html>). Dies zeigen die bisher registrierten Vorfälle in Thüringen für das Jahr 2020: So wurde z. B. eine Installation mit den Porträts von Buchenwald-Überlebenden der Gedenkstätte Buchenwald 2020 zur Zielscheibe von Vandalismus, mutmaßlich von Protestierenden gegen die Corona-Maßnahmen. Sie beschädigten die Tafeln mit z. T. geschichtsrevisionistischen Botschaften.

Die aus den zivilgesellschaftlich dokumentierten Vorfällen gewonnenen Erkenntnisse haben jedoch nur eine limitierte Aussagekraft. Die beinahe exklusive Fokussierung der beiden Beratungsstellen ezra und Mobit auf das rechtsextreme Spektrum schließt den Antisemitismus aus anderen politischen Spektren oder in anderer Darstellungsform – etwa als israelbezogener Antisemitismus – aus. Dabei hat es in Thüringen auch diese Formen von Antisemitismus in den letzten fünf Jahren gegeben. So gab es beispielsweise in Jena Boykottaufzüge der antisemitischen, linken „Boykott, Divestment & Sanctions“-Bewegung (BDS) und am 14. April 2019 an der Besucherinformation der Gedenkstätte Buchenwald seitens der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) die nicht genehmigte Verteilung von Schriften an einem Informationsstand. So wurden in einer Broschüre die Zusammenarbeit der MLPD mit der terroristischen PFLP (verantwortlich u. a. für die Entführung der Landshut im Jahr 1977) und die BDS-Kampagne gerechtfertigt und Israel u. a. als ein „imperialistisches Land“ (S. 22) charakterisiert. („ANTIDEUTSCHE‘ – links blinken, scharf rechts abbiegen...“, Herausgegeben vom Zentralkomitee der MLPD, Oktober 2018, Verlag Neuer Weg, Essen)

Das erklärte Ziel von RIAS Thüringen ist es daher, künftig alle antisemitischen Vorfälle, ungeachtet ihres politischen Hintergrunds und ihrer Motive, zu dokumentieren und ihnen entgegenzutreten.

5. Antisemitische Hetze

Judenfeindlichkeit nimmt in Deutschland zu. Diese bereits seit längerem sowohl von Betroffenen als auch aus der Zivilgesellschaft thematisierte Beobachtung wird durch ein Lagebild des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Juli 2020 bestätigt (<https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus>). In dem Lagebild wird die „unvermindert hohe und tendenziell steigende“ Bedeutung Sozialer Medien für die Verbreitung antisemitischer Propaganda und für Radikalisierungsprozesse bis hin zu judenfeindlichen Übergriffen und Anschlägen betont. Ins-

besondere das Internet stellt danach einen wesentlichen Dynamisierungsfaktor für die Verbreitung antisemitischer Hetze dar. Von der Radikalisierung in der virtuellen Welt ist es nur noch ein kurzer Weg zur extremistischen Tатаusführung, wie das Beispiel vom Attentäter von Halle zeigt.

Der Attentäter von Halle hat am 9. Oktober 2019 zu Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, so wie es sich nach dem Prozessverlauf mutmaßlich darstellt, aus einer antisemitischen, rassistischen, antifeministischen und fremdenfeindlichen Motivation heraus versucht, mit Sprengsätzen und Schusswaffen in die verschlossene Synagoge zu gelangen, in der sich 52 Gläubige aufhielten. Er hatte nach Auffassung der Anklage die Absicht, möglichst viele Jüdinnen und Juden zu ermorden, scheiterte jedoch an der Eingangstür. Seinen mutmaßlichen Plan gab er schließlich auf und erschoss eine zufällig in der Nähe befindliche 40-jährige Passantin und in einem Döner-Imbiss, den er danach heimsuchte, einen 20-jährigen Mann. Bei der Anfahrt zum Tatort filmte er sich selbst und sagte u. a. in die Kamera: „Hello, my name is Annon and I think the holocaust never happend.“ (<https://www.tagesschau.de/inland/prozess-halle-attentat-103.html>, auch für alle nachfolgenden Zitate). Nach seiner eigenen Aussage im Strafprozess hat er sich zum Anschlag auf die Synagoge nach dem Attentat von Christchurch entschlossen. Dort hatte ein Attentäter im März 2019 in zwei Moscheen 51 Menschen getötet und 50 weitere z. T. schwer verletzt und das minutiös geplante Massaker per Helmkamera ins Internet übertragen.

Nach diesem Muster ging auch der Halle-Attentäter vor, weil er, wie der Täter von Christchurch, die Welt an seinem Verbrechen teilhaben lassen wollte. Diese Tat als Vorbild macht dabei augenfällig, welche enthemmende, radikalisierte Botschaften über das Internet transportiert werden können. Im Fall von Halle wählte der Täter zunächst eine Synagoge aus, weil er der Verschwörungserzählung glaubte, Juden würden den Plan einer neuen Weltordnung verfolgen. Es hätte aber vielleicht auch eine Moschee treffen können, weil er nach der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 entschieden hat, nichts mehr für eine Gesellschaft tun zu wollen, die ihn u. a. „mit Muslimen ersetzt“.

Seine Einlassung „die Übertragung ist wichtiger als die Tat selbst“ lässt in die Abgründe eines nach eigener Ansicht Gescheiterten blicken, der mit dem Öffentlich-Machen seiner Gräueltat einen Weg aus einer Existenz der Bedeutungslosigkeit gefunden hat, nachdem er, wie er selbst sagt, nach dem Abbruch seines Studiums keine Pläne mehr für die Zukunft gehabt und nur noch in den Tag hinein gelebt habe. Nach den Worten des Bundesanwalts hat der 28-Jährige „seine von Misserfolgen und Versagen geprägte Existenz“ überhöhen und ihr eine besondere Bedeutung verleihen wollen.

Das soziale Minderwertigkeitsbefinden des Täters war hier der Nährboden für die Anfälligkeit in Richtung einer Radikalisierung. Ob und wie beliebig eine solche sein kann, ist eine hier nicht zu klärende Frage. Dass die Radikalisierung zu einem Antijudaismus tendieren kann, mag an der Vielzahl und der Zählebigkeit gerade antisemitischer Verschwörungsmymen liegen wie etwa der „Protokolle der Weisen von Zion“ bis hin zu modernen Phantasien über die Jüdische Weltherrschaft.

Die Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft muss deshalb nicht nur in der Bekämpfung des Antisemitismus und den sonstigen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als

pseudoideologisches „Vehikel“ sondern auch schon im Erkennen und Verhindern bzw. im Vermeiden der Ursachen von Radikalisierung an sich bestehen.

Teil II

Institutionen und Maßnahmen der Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus

1. Thüringer Staatskanzlei (TSK)

a) Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“

Am 1. Oktober 2020 ist das Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ mit einem Festakt im Erfurter Kaisersaal eröffnet worden. Das Themenjahr orientiert sich am jüdischen Kalender, weshalb es am 1. Oktober 2020 beginnt und am 30. September 2021 endet. Es geht zurück auf eine Initiative der beiden großen christlichen Kirchen in Thüringen, die Ende 2018 dem Wunsch der Jüdischen Landesgemeinde nach dem großen Reformationsjubiläum nunmehr auch der Würdigung jüdischen Lebens Rechnung zu tragen, gefolgt sind, womit auch ein Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus gesetzt werden soll. Die Idee für das Themenjahr war u.a. inspiriert von der Kölner Initiative „321 – 2021: 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“. Inhaltlich geht es vor allem um den Einfluss jüdischer Kultur über die Jahrhunderte in Thüringen, um die wechselvolle Geschichte des periodischen Aufblühens und Niedergangs und dabei auch um jüdisches Leben auf dem Lande, abseits der großen Metropolen. Insbesondere aber soll ein Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft beleuchten, welche Bereicherung jüdisches Leben für die ganze Gesellschaft im Heute und Morgen bedeutet.

Das Themenjahr will dabei in Ergänzung zu der in Thüringen fest verankerten Erinnerungskultur an die Verfolgung und Ermordung der Juden insbesondere im 20. Jahrhundert den Blick auf die fruchtbaren historischen Kapitel jüdischen Lebens hierzulande lenken und das Bewusstsein für den Wert und das Potenzial stärken, das sich aus einem reichhaltigen jüdischen Leben in Thüringen ebenso wie aus einem guten Miteinander zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Thüringern ergibt.

Die Thüringer Staatskanzlei hat das Themenjahr im März 2019 ausgerufen und sich der Organisation angenommen. So wurden Ansprechpartner aus Bereichen der Wissenschaft, Bildung, Kultur, Vertreter von Museen, Archiven, privaten und öffentlichen Institutionen und Vereinen zusammengeführt und miteinander vernetzt. Im Ergebnis haben rund 40 Projektdurchführende konkrete Vorhaben für das Themenjahr eingebracht, die zu einem Programmheft zusammengestellt werden konnten.

Hauptprojekte sind die Vorhaben „Tora ist Leben“, die bereits seit Jahren etablierten Festivals „Jüdisch-israelische Kulturtage“, „Yiddish Summer“ und „Achava“ sowie die virtuelle Rekonstruktion der Großen Synagoge Erfurt.

Das Projekt „Tora ist Leben“ ist in seiner Form einzigartig. Dem Schreiben einer neuen Tora-Rolle kann in zehn Terminen öffentlich beigewohnt werden. Als Geschenk der beiden christlichen Kirchen an die jüdische Landesgemeinde stellt sie ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Juden und Christen dar. Im Kalendarium des Programmhefts sind rund 150 Einzelhinweise auf diese und weitere Veranstaltungen zu Bildungsprojekten, Musik, Ausstellungen und Führungen aufgenommen. Weiterführende Hinweise mit Verlinkungen zu buchbaren Veranstaltungen auf Anfrage, Fortbildungs- und universitäre Angebote schließen sich an. Das Portal „MENORA“, bildet darüber hinaus die digitale Bühne für die Projekte des Themenjahres und für Veranstaltungen und Aktivitäten innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinde (s. auch u. b)). Leider mussten wegen der Pandemielage seit November 2020 fast alle vorgesehenen öffentlichen Projekte, darunter die „Jüdisch-Israelischen Kulturtage“ mit annähernd 100 Einzelveranstaltungen, abgesagt werden. Hier gibt es Planungen, das Festival ins Frühjahr 2021 zu verlegen. Manche Projekte sind digital transformiert worden, einige museale Projekte mit schulpädagogischem Bezug konnten stattfinden.

Neben dem Programmheft als gedruckter Ausgabe existiert ein solches auch in digitaler Form, in das fortlaufend Änderungen und Ergänzungen im Jahresprogramm eingepflegt werden.

b) Kulturförderung mit Bezug auf jüdisches Leben

Die Kulturförderung des Freistaats Thüringen fördert kontinuierlich jüdische Projekte bzw. Projekte mit jüdischem Bezug. Dabei sind neben den drei etablierten Festivals „Jüdisch-israelische Kulturtage“, Yiddish Summer“ und „Achava“ vor allem die weltweit einzigartige Fülle von erhaltenen Bau- und Sachzeugnissen in Erfurt Ankerpunkt der Kulturförderung. Die Stadt Erfurt wird sich mit ihrem jüdisch-mittelalterlichen Erbe um eine Eintragung als UNESCO-Welt-erbestätte im Februar 2021 bewerben.

In der Altstadt von Erfurt befinden sich außergewöhnliche Zeugnisse der jüdischen Gemeinde aus der Zeit zwischen dem ausgehenden 11. und der Mitte des 14. Jahrhunderts. Konkret geht es um drei Gebäude: Die Alte Synagoge ist das am besten erhaltene Bethaus aus der Zeit um 1100. Das Ritualbad Mikwe aus dem 13. Jahrhundert wurde mit hoher handwerklicher Qualität errichtet. Das Steinerner Haus ist ein herausragendes Beispiel für einen mittelalterlichen Profanbau in jüdischem Eigentum.

Die drei benannten Bauwerke sind seltene Zeugnisse eines christlich-jüdischen Zusammenlebens im Mittelalter, das an vielen Orten im Alten Reich mit Vertreibung und Pogrom zu einem abrupten Ende gekommen war. In Erfurt konnten diese Bauwerke die Zeiten überstehen, weil sie sich in das mittelalterliche Stadtbild einfügten und dieselbe Bauweise und dieselben einheimischen Materialien verwendeten wie ihre christlichen Nachbarn.

Die bauliche Integration steht im Mittelpunkt des Welterbe-Antrags. Dort heißt es, das Gebäudeensemble veranschauliche die Anpassung an die vernakuläre Architektur und an die lokalen Gegebenheiten. Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus seien „außergewöhnliche Zeugnisse des jüdischen Ritus, des jüdischen Alltagslebens und der christlich-jüdischen Koexistenz, aber auch der Vertreibung und Verfolgung der Juden im Mittelalter“. Eine besondere Verantwortung liegt darin, das auch im Mittelalter immer wieder von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung bedrohte Verhältnis zwischen jüdischen und christlichen Stadtbewohnern angemessen darzustellen und zu vermitteln. In der Welterbebewerbung sehen Land und Stadt ein passendes

Instrument, auf die Geschichte seiner jüdischen Bewohner im Mittelalter aufmerksam zu machen, die beispielhaft für die Geschichte des aschkenasischen (mitteleuropäischen) Judentums steht.

Das Themenjahr „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ gibt Anlass, mit dem Portal „MENORA | Jüdisches Leben in Thüringen“ einen interaktiven Zugang zum vielfältigen jüdischen Erbe, zur gelebten jüdischen Religion und Kultur der Gegenwart – auch über das Themenjahr hinaus – zu schaffen. Zentrales Element ist eine Karte historischer und aktueller Orte und Gebäude im Kontext des jüdischen Lebens, darunter Synagogen, Schulen, Friedhöfe und Mikwaot. „Highlightobjekte“ sind 360°-Panoramaaufnahmen von Gebäuden und Orten, die sonst nur erschwert zugänglich sind.

MENORA ist aus einem Kooperationsprojekt der Friedrich-Schiller-Universität Jena/Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) mit dem Förderverein für jüdisch-israelische Kultur in Thüringen e.V. hervorgegangen. MENORA dient als Infrastruktur, um das Wissen zu Jüdischem Leben in Thüringen zu erforschen, dieses aufzubereiten und über ein innovatives digitales Schaufenster zu vermitteln.

Facetten sind neben religiösen Orten und Bauwerken auch aktive Vereine, Organisationen und Institutionen des jüdischen Alltages. Abgebildet in einem Koordinatennetz, als Wegmarken platziert, mit informativen Texten und detailreichen Fotoaufnahmen, bietet der Blick auf Thüringen spannende Details, die man digital entdecken kann und die zum Besuch vor Ort anregen sollen. In der aktuellen Situation ermöglichen 360°-Panoramaaufnahmen noch einmal ganz neue Zugänge zum jüdischen Leben.

Viele weitere Projekte wie etwa der erste Jüdische Mitmach-Stadtführer für Kinder, der als Modellprojekt innerhalb des Bildungsprogramms „Jüdisches Leben erfahren“ der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V. entstanden ist, ergänzen langfristig und nachhaltig die bisherige Kulturförderung zum jüdischen Leben.

c) Gedenkstättenarbeit/Erinnerungskultur

Im Talmud, einem der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums heißt es:

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

Dieser Satz verdeutlicht umso mehr, warum Erinnern und Gedenken mit unserer Kultur und unserem Leben unzertrennbar zusammenhängen und warum das Aufrechterhalten einer Erinnerungskultur in der historischen Verantwortung unserer Gesellschaft liegt.

Die Landesregierung ist sich ihrer hohen Verantwortung bewusst, die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes aus aller Welt wachzuhalten. Würdiges Gedenken, Dokumentation und Vermittlung dieses Teils der deutschen Geschichte sollen als Grundlage einer fruchtbaren historischen Bildungsarbeit im Dienst der internationalen Verständigung und Demokratieerziehung gefördert werden. Als Orte eines europäischen Gedächtnisses sind die Gedenkstätten ein unersetzbarer Bestandteil der geschichtlichen Identität Thüringens.

Die **Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora** fokussiert das Thema eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden, in dem von 1937 bis 1945 insgesamt fast 280.000 Menschen, darunter auch Tausende Juden, inhaftiert waren.

Zweck der Stiftung ist es, die Gedenkstätten als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren, wissenschaftlich begründet zu gestalten und sie in geeigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Aufgaben der Stiftung bestimmen sich nach § 2 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehören demnach insbesondere die Organisation und Durchführung von Dauer- und Wechselausstellungen, wissenschaftlichen Kolloquien und kulturellen Veranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene, die Besucherbetreuung und Jugendarbeit sowie die auf die Gedenkstättenarbeit bezogene wissenschaftliche Dokumentation, Forschung und Publikation.

In den Jahren 2019 und 2020 wurde die Stiftung vom Land mit einer institutionellen Förderung in Höhe von 3.340.000 € unterstützt. Zusätzlich erhielt sie im Jahr 2019 eine institutionelle Förderung des Verwaltungshaushalts Bau in Höhe von 794.000 €. Die gleiche Summe wurde für das Jahr 2020 bereits beantragt, wobei die Fördermittel dafür eingeplant sind.

Damit wird die Gedenkstätte heute im Vergleich zum Jahr 2018 um 364.000 € mehr gefördert.

Darüber hinaus setzt sich der Freistaat Thüringen dafür ein, das ehemalige Lagergelände des Konzentrationslagers Buchenwald als elementares Zeugnis der nationalsozialistischen Verbrechen und der Geschichte des 20. Jahrhunderts in die Liste des UNESCO-Welterbes aufzunehmen, um die Bedeutung des Ortes noch stärker zu würdigen.

Die **KZ-Gedenkstätte Laura** vermittelt Kenntnisse über das von 1943 bis 1945 bestehende Außenlager „Laura“ des Konzentrationslagers Buchenwald, nahe Schmiedeberg.

Der Freistaat Thüringen unterstützte im Rahmen seiner Gedenkstättenförderung den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Träger der Gedenkstätte, bei der Sanierung des erhaltenen historischen Baubestands zum Zweck der musealen Nutzung, in den Jahren 2019 und 2020 jeweils mit 18.000 € Projektförderung und einer investiven Förderung in Höhe von 40.000 €. Das gesamte Förderungsvolumen hat sich im Vergleich zum Jahr 2018 damit um 51.000 € erhöht.

Der **Erinnerungsort Topf & Söhne** thematisiert die Ingenieure und Ofenbauer von Auschwitz. In den Krematorien für den Völkermord an den europäischen Juden errichteten die Ingenieure des Familienunternehmens J. A. Topf & Söhne die Verbrennungsöfen und die Lüftungstechnik für die Gaskammern verschiedener Konzentrationslager. An keinem anderen zivilen Ort waren die mit der Praxis der industriellen Vernichtung von Menschenleben verbundenen Fragen mehr präsent als in diesem Erfurter Unternehmen, womit der Erinnerungsort Topf & Söhne einen historischen Lernort mit unersetzbarem Potential zur Reflexion ethischer Fragen des Arbeitens und Wirtschaftens für die Zukunft darstellt.

Im Jahr 2020 wurde der Erinnerungsort von der Thüringer Landesregierung mit einer Projektförderung in Höhe von 16.000 € unterstützt. Darüber hinaus sind zusätzlich investive Fördermittel über 34.000 € beantragt und reserviert.

2019 unterstützte das Land den Erinnerungsort mit 15.000 € Projektförderung und 2018 mit 10.000 € Projektförderung sowie einer investiven Förderung in Höhe von 25.000 €.

Damit umfasst das gesamte Förderungsvolumen des Jahres 2020 die Summe der Förderungsmittel aus den Jahren 2018 und 2019, wobei zu bemerken ist, dass allein die Projektförderung jedes Jahr gestiegen ist.

Das **Prager Haus** in Apolda ist das einzige authentische Haus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Thüringen. Aufgrund jahrzehntelanger Forschungsarbeiten, die diesem Projekt vorausgingen, konnte darin ein kleines Museum eingerichtet werden, in dem das Leben der Juden, das Zusammenleben mit Nichtjuden und die Verfolgung durch das Naziregime in allen kleinen Schritten und Verästelungen im 20. Jahrhundert nachgezeichnet werden.

Im Prager Haus werden darüber hinaus Projektarbeiten von Schülern verschiedener Schulformen angeregt, unterstützt und betreut, womit es auch zu einem wichtigen Ort außerschulischen Lernens geworden ist.

Der Verein Prager Haus-Apolda e.V. wird jährlich mit einer Projektförderung in Höhe von 12.000 € vom Freistaat Thüringen unterstützt. Im Jahr 2019 erfolgte dabei eine zusätzliche investive Förderung über 38.000 €.

Die **Alte Synagoge** in Erfurt ist eine ehemalige Synagoge und mit einer Bestandszeit von über 900 Jahren die älteste erhaltene Synagoge Europas. Der jüdische Schatz von Erfurt wurde 1998 in unmittelbarer Nähe zur Synagoge gefunden und ist dort seit Oktober 2009 ausgestellt. Zur Synagoge gehört außerdem, die bei Bauarbeiten im Jahr 2007 entdeckte, 750 Jahre alte Mikwe.

Die **Kleine Synagoge** in Erfurt ist ebenfalls eine ehemalige Synagoge und wird seit 1993 als Kulturzentrum genutzt, nachdem sie 1992 unter Denkmalschutz gestellt und zum deutsch-jüdischen Begegnungszentrum umgebaut wurde.

Die genannten Gedenkstätten dienen gerade auch als geschichtsträchtige und unentbehrliche Lernorte für Schülerinnen und Schüler.

d) Museumsarbeit

In Thüringen gibt es zahlreiche Museen, deren Gründung in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückreicht. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich in deren Beständen Objekte befinden, die ihren Besitzern während der NS-Zeit entzogen wurden.

Bis 2010 erfolgten Provenienz-Recherchen zu NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in der Klassik Stiftung Weimar (KSW) punktuell bzw. auf kleinere Teilbestände bezogen. Im Jahr 2010 begann die proaktive systematische Überprüfung in Form von chronologisch

fortschreitenden bestandsübergreifenden Projekten, die bis heute andauert. Zentrale Aufgabe dieser Projekte war bis Ende 2019 die Recherche zu den Erwerbungskontexten von Objekten, die durch die vier größten Vorgängerinstitutionen der KSW im Zeitraum 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 für ihre Sammlungen erworben wurden. Fazit: Die Überprüfungen zum Erwerbungszeitraum 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 sind zum Stand 22. Oktober 2020 quantitativ zu rund 94 % abgeschlossen. Seit 2005 wurden 2.698 als NS-verfolgungsbedingt entzogen bewertete Objekte durch die KSW an die Rechtsnachfolger von 14 verfolgten Eigentümern restituiert.

2019 wurden in den Thüringer Museen erste Projekte zur Erforschung von Museumssammlungen in Hinblick auf NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter durchgeführt. Mit Unterstützung des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg und des Thüringer Museumsverbandes haben einige mittlere und größere Thüringer Museen mit der NS-bezogenen Provenienzforschung begonnen und erste Objekte an ihre ursprünglichen Besitzer zurückgegeben.

Dennoch gibt es in den Thüringer Museen einen erheblichen Nachholbedarf, denn bei zahlreichen Museumsobjekten ist nicht bekannt, unter welchen Umständen diese in der Zeit zwischen 1933 und 1945 in die Bestände kamen. Vor allem kleinere Einrichtungen haben trotz des Bewusstseins für die Relevanz des Themas oft keine ausreichenden Kapazitäten, um die aufwendigen Recherchen zu NS-Raubgut in ihren Beständen selbst durchzuführen. Die geringen Ressourcen lassen mitunter nicht einmal Raum für eine erste Erhebung. Hier schafft der sogenannte Erstcheck zur Provenienzforschung des DZK mit Unterstützung des Museumsverbandes Thüringen Abhilfe.

Entsprechend den Handlungsempfehlungen der Thüringer Museumsperspektive 2025 soll ein Erstcheck den Museen in Thüringen bei der systematischen Identifizierung von NS-Raubkunst helfen.

Seit September 2020 führt eine Provenienzforscherin in einem vom DZK geförderten Projekt des Museumsverbandes Thüringen diesen Erstcheck in folgenden Museen durch:

- Stadtmuseum Camburg
- Staatliche Bücher- und Kupferstichsammlung Greiz – Sommerpalais Greiz
- Städtische Museen Nordhausen
- Museum642 – Pößnecker Stadtgeschichte

Ziel der Untersuchung ist es, zu prüfen, ob ein Bedarf an Provenienzforschung zu in der Zeit des Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogenen Objekten besteht. Dazu werden verdächtige Objekte sowie solche mit unklarer Herkunft identifiziert. Im Zentrum stehen Stücke, die während der NS-Zeit, also zwischen 1933 und 1945 in die Sammlungen gekommen sind. Im Fall positiver Befunde plant der Museumsverband Thüringen ein Anschlussprojekt, das die Verdachtsfälle klären bzw. eine angemessene weitere Vorgehensweise ermöglichen soll.

Erwartet werden durch das Projekt zudem Erkenntnisse zur Geschichte des Freistaats und der Museen, ihren Sammlungen und über personelle Verflechtungen der Museumsleiter und der örtlichen Akteure in der Zeit des Nationalsozialismus.

Der Erstcheck bildet den Auftakt für eine kontinuierliche und weiterführende Erforschung zur systematischen, flächendeckenden und nachhaltigen Suche nach NS-Raubgut im Freistaat Thüringen.

e) Interkultureller/Interreligiöser Dialog

Dem Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen ist an einem interkulturellen Dialog gelegen. Er hat deshalb seit 2016 ein regelmäßig einmal im Jahr stattfindendes interkulturelles Abendessen etabliert, zu dem er die in Thüringen beheimateten und der Landesregierung bekannten islamischen Religionsgemeinden einlädt. Die zum Teil seit Langem in Thüringen ansässigen islamischen Gemeinden, die im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszuzug starken Zulauf erfahren haben, sind als religiöse Minderheit und als heute relevante gesellschaftliche Gruppen wahrzunehmen. Die teils heftig geführten Auseinandersetzungen um den Moscheebau einer dieser islamischen Religionsgemeinden zeigen, dass uns hier eine wichtige gesellschaftspolitische Integrationsaufgabe gestellt ist. Auch die Gewährleistung von Religionsfreiheit, zu der das Land gegenüber jedermann rechtlich verpflichtet ist, ist auf ein gesellschaftliches Klima der Toleranz bestehender religiöser und weltanschaulicher Vielfalt angewiesen, das es zu fördern gilt.

Der Kreis der Eingeladenen ist gesellschaftlich um Vertreter von Verbänden und Einrichtungen sowie um Abgeordnete des Thüringer Landtags erweitert und wird ergänzt durch die Vertreter der Evangelischen und Römisch-Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen.

f) Bundesratsinitiativen

- Der Freistaat Thüringen trägt zusammen mit der Freien und Hansestadt Hamburg eine **Gesetzesinitiative zur Änderung des Grundgesetzes, Art. 3 Abs. 3.**

Im Antrag heißt es:

„Das Verbot der Diskriminierung „wegen der Rasse“ wurde als Reaktion auf den Rassenwahn des NS-Staates in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) aufgenommen. Es schützt Menschengruppen mit bestimmten vermeintlich vererbaren Eigenschaften, die Verfolgungsmaßnahmen und rassistischen Vorurteilen ausgesetzt waren und sind und damit Menschen, die aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Gruppenzugehörigkeit rassistisch diskriminiert wurden und werden.

Der Verfassungsbegriff der „Rasse“ ist aber insofern problematisch, als er das Risiko birgt, dahingehend verstanden zu werden, dass ein Verfassungsbezug auf eine „Rasse“ die Annahme des Bestehens von „Rassen“ voraussetze. Eine solche Einteilung von Menschen in Gruppen mit vermeintlich vererblichen Fähigkeiten und Eigenschaften ist indes wissenschaftlich unhaltbar, irrational und widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes.

Vor diesem Hintergrund ist eine Formulierung des Diskriminierungsverbots „wegen der Rasse“ erforderlich, die diese Problematik vermeidet, ohne das Schutzniveau zu senken.“
(BR DS 641/20 vom 28.10.2020)

Die in Art. 3 Abs. 3 GG vorzufindende Formulierung gründet auf einem überkommenen Rassebegriff, der sich heute als nicht mehr vertretbar erweist. Der Begriff sollte deshalb überwunden und durch eine von Missverständnissen befreite Formulierung ersetzt werden.

- Ausgesetzt ist derzeit eine Initiative der Freien Hansestadt Bremen und des Landes Rheinland-Pfalz zum **Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung von Rechtsansprüchen im Staatsangehörigenrecht**

Durch das Gesetz sollen im Staatsangehörigengesetz zusätzliche Anspruchstatbestände auf Einbürgerung verankert werden, um alle Konstellationen zu erfassen, in denen nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen ist und die bislang nicht berücksichtigt wurden.

Hintergrund ist, dass Artikel 116 Abs. 2 Satz 1 GG früheren deutschen Staatsangehörigen und ihren Abkömmlingen, die durch verfolgungsmaßnahmen ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, einen Anspruch auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit haben. Diese Regelung erfasst jedoch nicht alle Konstellationen, in denen in denen das nationalsozialistische Unrecht staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen hatte.

Insbesondere Abkömmlinge, die zum Zeitpunkt ihrer Geburt die Staatsangehörigkeit von ihren verfolgten Vorfahren nicht ableiten können, sollen nunmehr die Möglichkeit erhalten, unbürokratisch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Die Begründung zur Gesetzesinitiative lautet wie folgt:

„Mehr als 70 Jahre nach Beendigung der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft treten immer noch Fälle auf, bei denen die gesetzlichen Regelungen nicht ausreichen, um geschehenes Unrecht im Staatsangehörigkeitsrecht wieder gut zu machen. Zwar gibt Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (GG) früheren deutschen Staatsangehörigen und ihren Abkömmlingen, die durch Verfolgungsmaßnahmen ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, einen Anspruch auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Diese Regelung erfasst jedoch nicht alle Konstellationen, in denen das nationalsozialistische Unrecht staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen hatte. Gerade Abkömmlinge, die zum Zeitpunkt ihrer Geburt die Staatsangehörigkeit von ihren verfolgten Vorfahren nicht ableiten konnten, sollen die Möglichkeit erhalten, unbürokratisch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.“

Die Bundesregierung hat durch Erlasse vom 30. August 2019 reagiert und Vorgaben zur großzügigeren Nutzung bestehender Regelungen für im Ausland lebende Personen (§§ 13 und 14 Staatsangehörigkeitsgesetz – StAG) gemacht. Diese Erlasse geben deutliche Verbesserungen vor und sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Eine einheitliche Anwendung auf gleichgelagerte Fälle können die Erlasse jedoch aufgrund der Zuständigkeit der Landesbehörden bei der Einbürgerung von im Inland lebenden Betroffenen nicht gewährleisten. Zudem handelt es sich – auch bei Übernahme der Erleichterungen durch Erlasse der Länder – um Vorgaben, die im Rahmen des Ermessens geprüft werden sollen. Rechtsansprüche sind damit nicht gegeben.“

(BR DS 108/20 vom 04.03.2020)

Wörtlich heißt es im Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG: „Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen,

rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern.“

Verständlich wird die Problematik so recht erst dann, wenn man betrachtet, dass Personen, die von nationalsozialistischer Verfolgung gefährdet waren, zuweilen auch ausgewandert sind, um gerade der lebensbedrohlichen Verfolgung zuvorzukommen oder auszuweichen. Formal hatte sich dann ein Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft mit der Annahme der Staatsbürgerschaft im Aufnahmeland erledigt. Dies betraf in erster Linie jüdische Bürgerinnen und Bürger.

Es ist jedoch schwer nachzuvollziehen, warum dieser Personengruppe und ihren Nachkommen das Privileg der Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft versagt bleiben soll, zumal ihre Auswanderung offenkundig nicht aus freien Stücken, sondern zur Rettung der nackten menschlichen Existenz erfolgt war. Das formale Argument, die Staatsbürgerschaft sei ihnen ja nicht entzogen worden, weshalb ihnen der grundgesetzliche Anspruch nicht zustehen könne, trägt den Verdacht einer nachträglichen Verhöhnung in sich. Auch diesen Verdacht könnte eine klarstellende Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ausräumen.

g) Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)

Angebote zum Themenfeld Antisemitismus, Judentum und jüdisches Leben gehören seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der Arbeit der LZT. Dies spiegelt sich den nachstehend genannten Arbeitsfeldern wider.

Historisch-politische Bildungsarbeit zum Themenfeld „Nationalsozialismus“ und Holocaust:

In Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bietet die LZT für Schulklassen mehrtägige Projektstage sowie eintägige Studientage am Erfurter Erinnerungsort Topf & Söhne für Thüringer Schulklassen an. Im Rahmen dieses Projektangebots spielt die Auseinandersetzung mit dem nazistischen Vernichtungsantisemitismus eine zentrale Rolle. Die LZT hält in ihrem Publikationsangebot zahlreiche Publikationen zur Geschichte des Nationalsozialismus vor. Die Quellenbände zu den Novemberpogromen in Thüringen und zur Deportation und Ermordung der Thüringer Juden stellen umfangreiches regionalgeschichtliches Material zur Vorbereitung entsprechender Schulprojekte und Gedenkstättenbesuche zur Verfügung. Die aktuelle Neuerscheinung zum KZ Buchenwald thematisiert auch die Rolle des Konzentrationslagers im Prozess der Radikalisierung des NS-Antisemitismus.

Im Rahmen der gemeinsamen Sommer-Reihe mit der Gedenkstätte Buchenwald 2019 widmete sich eine Veranstaltung dem Konstrukt der Volksgemeinschaft und seiner Verbindung zum Antisemitismus. Aktuelle Neuerscheinungen zum Nationalsozialismus werden regelmäßig in der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ präsentiert, jüngst auch die Erinnerungen von Laura Hillman „Ich pflanze einen Flieder für Dich“, die die Deportation der Thüringer Juden behandeln. In Kooperation mit Achava e.V. fanden in den Berichtsjahren eindrucksvolle Schulprojekte mit Holocaust-Überlebenden statt, die zugleich jüdische (Musik)Kultur vermittelten.

In der Reihe „Film und Gespräch“ wurde zusammen mit den Filmemachern der Film „Wir sind Juden aus Breslau“ in Arnstadt, Sondershausen, Wurzbach, Schleiz, Bad Langensalza und

Themar präsentiert. Er dokumentiert 14 Schicksale von Shoah-Überlebenden aus Breslau, unter ihnen mit Wolfgang Nossen, der langjährige - 2019 verstorbene - Vorsitzende der jüdischen Landesgemeinde Thüringen. Da der Film die Zeit vor, während und nach dem Holocaust in den Blick nimmt, bot sich Gelegenheit nicht nur über historische Aspekte, sondern auch über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus und aktuelle judenfeindliche Übergriffe und Straftaten in Deutschland und Europa zu sprechen. Der Film ist auf DVD über die Landeszentrale beziehbar.

In mehreren Schulveranstaltungen 2019 mit dem Vorbehaltsfilm „Jud Süß“ in Meiningen, Mühlhausen, Rudolstadt und Weimar konnten junge Menschen erfahren, wie perfide die NS-Propaganda ihre in der Konsequenz mörderischen antisemitischen Einstellungen über das Unterhaltungsmedium Kinofilm während der NS-Zeit im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung zu verankern versuchte, aber auch dafür sensibilisiert werden, wie mediale Manipulationsstrategien auch heute noch bei der Ausprägung rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen verfolgt werden und verfangen können.

In Zusammenarbeit mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM, s. u. 2 b.) und der Stiftung Ettersberg beteiligte sich die Landeszentrale 2020 an der Lehrerfortbildung „Den Holocaust unterrichten“ und kooperierte auch bei der vom ThILLM mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST, dem Erinnerungsort Topf & Söhne und Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen zunächst als Präsenzveranstaltung geplanten Tagung „Antisemitismus heute - Herausforderungen im Schulalltag“, die wegen der Corona-Schutzmaßnahmen dann aber als Online-Veranstaltung durchgeführt werden musste.

[Rechtsextremismus und Antisemitismus:](#)

Rechtsextremismus und Antisemitismus gehören in Deutschland untrennbar zusammen. Fachtagungen für unterschiedliche Berufsgruppen sensibilisierten für neue Tendenzen innerhalb der radikalen Rechten. Die gemeinsamen Tagungen mit MOBIT zu „Toxische Männlichkeit, Gewalt und Rechtsterrorismus“ (2019) und „Digitaler Faschismus“ thematisierten auf unterschiedliche Weise den Zusammenhang von Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Gewalt.

In der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ stellt die LZT regelmäßig den aktuellen Forschungsstand sowie neue Entwicklungen zur Diskussion. 2019 wurden Bücher zu den „Reichsbürgern“ sowie über das „Netzwerk der Identitären“ vorgestellt. Dabei wurden immer auch die antisemitischen Traditionsbezüge herausgearbeitet. 2020 mehrfach das Buch „Rechte Ego-Shooter“ von Andreas Speit - eine ausführliche Analyse des rechtsterroristischen Anschlags auf die Synagoge in Halle. Die Bücher sind teils als Sonderauflagen der Landeszentralen für politische Bildung erschienen und waren auch in der LZT erhältlich.

[Jugendkultureller Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Formen:](#)

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit dem Rechts-Rock, dem Medium des jugendkulturellen Rechtsextremismus, von besonderer Bedeutung. 2019 beschäftigte sich eine Fachtagung mit dem Thema, welchen Stellenwert der Antisemitismus in der Rap-Szene

und im Thüringer Rechts-Rock hat. Die unterschiedlichen Ebenen des Antisemitismus zwischen offener Zustimmung zum Holocaust, dessen Leugnung oder Bagatellisierung wurden ebenso thematisiert, wie neuere Erscheinungsformen des sekundären und des auf Israel bezogenen Antisemitismus.

Antisemitismus in der DDR:

In der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ stellte Wolfgang Benz sein Buch „Feindbild Israel. Antisemitismus und Antizionismus in der DDR“ in Erfurt, Nordhausen und Weimar vor, das auch im LZT- Publikationsangebot erhältlich war. Die Veranstaltungen waren gut besucht, aber teils von starker Abwehr älterer Zuhörer/-innen geprägt. Über die Situation jüdischer Menschen in der DDR, oft aus der kommunistischen Bewegung nahestehenden Familien, gaben die Filme „Shalom Neues Deutschland – Juden in der DDR“ und „Familie Brasch“ Auskunft. Der erstgenannte Film wurde in Nordhausen, Mühlhausen und Gera gezeigt, jeweils in Verbindung mit einer Lesung André Herzbergs aus seinem Buch „Was aus uns geworden ist“. Im Anschluss stand Herzberg dem Publikum zu Fragen jüdischen Lebens in der DDR und Erlebnissen mit antisemitischen Vorfällen genauso Rede und Antwort wie Marion Brasch bei der Aufführung von „Familie Brasch“ in Hildburghausen.

Antisemitische Gewalt von rechts, von links und aus der Migrationsgesellschaft:

Antisemitische Gewalt darf nicht auf Rechtsterrorismus reduziert werden. Zum Auftakt des Themenjahrs „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ wurde das Buch von Ronen Steinke „Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt“ online präsentiert, der nicht nur die Verharmlosung des Rechtsterrorismus als „Einzelfälle“ analysiert, sondern auch die antisemitischen Bezüge im deutschen Linksterrorismus. Auch die Verharmlosung antisemitischer Attacken von Tätern mit muslimischen Hintergrund wird thematisiert. Das Buch beeindruckt vor allem durch die eindringliche Schilderung, wie antisemitische Attacken und Gewalt tief in den Alltag jüdischer Menschen eingreifen.

Jüdische Kultur und Geschichte/Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“:

Dass die Bildungsarbeit sich nicht (nahezu) ausschließlich auf die Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Juden beziehen sollte, ist inzwischen allgemein anerkannt. Beiträge zur jüdischen Kultur und Geschichte und die Würdigung herausragender Persönlichkeiten sind daher schon seit langer Zeit fester Bestandteil des Portfolios. Das Themenjahr, bei dem die LZT überdurchschnittlich stark im Gesamtprogramm vertreten ist, hat noch einmal zu einer Ausweitung geführt. Die entsprechende Veranstaltungsübersicht gibt Auskunft über die vielfältigen Aspekte, die behandelt werden und das zugleich in vielfältigen Formaten. Stellvertretend wird hier das Projekt zu Miriam Pressler aufgeführt:

Die Anfang 2019 verstorbene Mirjam Pressler gehörte zu den bedeutendsten Jugendbuch-Autorinnen unseres Landes. Ein großes Lebensthema der Autorin war die Auseinandersetzung mit der Shoah und die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland. In „Dunkles Gold“, ihrem letzten Roman, schlägt sie mit der Geschichte um den Erfurter Goldschatz eine Brücke von den mittelalterlichen Pestpogromen zu aktuellen antisemitischen Entwicklungen in Deutschland. Bereits 2019 dienten unterschiedliche Veranstaltungsformate - von Schulleseungen bis zur Fortbildung - dem Ziel, Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Interessierten einen breiten Einblick in das Gesamtwerk von Mirjam Pressler - vor allem bezogen auf ihre Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte - zu bieten.

Eine für Herbst 2020 geplante Fortsetzungstagung sowie eine Reihe damit verbundener Schullösungen fielen der zweiten Pandemiewelle zum Opfer. Die LZT hat eine Reihe von Schulen zur Lektüre von „Dunkles Gold“ angeregt und dafür Material zur Verfügung gestellt. Auch 2021 sind zahlreiche LZT-Veranstaltungen im Rahmen des Jüdischen Themenjahrs geplant.

Israel-bezogene Veranstaltungen:

Nahezu seit Gründung der LZT bietet diese Studienreisen für Multiplikatoren nach Israel an, die durchgängig auf großes Interesse stoßen. Leider musste die für 2020 vorgesehene Reise pandemiebedingt abgesagt bzw. auf 2021 verschoben werden. Daneben widmeten sich verschiedene Veranstaltungen der Geschichte, Politik und gesellschaftlichen Situation Israels.

Publikationen:

Publikationen zum Themenfeld sind grundsätzlich und permanent Teil des LZT-Angebotes. Soweit nicht schon genannt, wird auf die Publikationsübersicht unter www.lzt-thueringen.de bzw. die Jahresberichte verwiesen. Der Bericht für 2020 wird im Frühjahr 2021 veröffentlicht werden.

2. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)

a) Schule/Bildung

Die politische Bildung in Thüringer Schulen hat einen hohen Stellenwert: Sie ist im Thüringer Schulgesetz als demokratisches Grundprinzip des Bildungs- und Erziehungsauftrags (§ 2 ThürSchG) verankert. Im Schulalltag wird dieses Prinzip lebendig durch eine demokratische Unterrichtskultur sowie durch die aktive Mitwirkung und vielfältige Mitbestimmungsformen von Thüringer Schülerinnen und Schülern. Demokratieprojekte in Schulen wie Fahrten zu Thüringer Gedenkstätten und Erinnerungsorten der Opfer der deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert sind ein wichtiger Bestandteil der Schulentwicklung geworden.

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) hat am 10. Oktober 2020 in einem Rundschreiben alle Thüringer Schulen über Maßnahmen und Unterstützungsangebote zum Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ informiert. Die Ergebnisse der themenjahrbezogenen Schulprojekte werden von Schülerinnen und Schülern am 30. September 2021 beim **Netzwerktreffen Demokratie und Schule – Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen** am Erinnerungsort Topf & Söhne vorgestellt und öffentlich gewürdigt.

Zum **Anne Frank Tag** am 12. Juni 2021 besteht für alle Thüringer Schulen die Möglichkeit zu einer Anmeldung am bundesweiten Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus. Das Anne-Frank-Zentrum beliefert die teilnehmenden Schulen dazu mit umfangreichen Bildungsmaterialien, wie beispielweise Plakatausstellungen und Zeitungen.

Die Staatlichen Schulämter (SSÄ) in Thüringen unterstützen das Engagement von Schulen bei unterrichtsbegleitenden Projekten mit verschiedenen Maßnahmen zur Förderung des jüdischen Lebens und der Bekämpfung des Antisemitismus. Beispielsweise hat das Staatliche

Schulamts (SSA) Mittelthüringen im November 2019 sechs allgemeinbildende Schulen unterstützt beim Zustandekommen des Projekts „**Schabbat-Sonntag-Ruhetag**“ mit Arie Rosen vom Verein Kulturelle Begegnungen (Jerusalem). An diesem Projekt nahmen 1.200 Schülerinnen und Schüler teil. Das SSA Ostthüringen plante die Durchführung dieses unterrichts begleitende Projekt mit Arie Rosen in acht Schulen für November 2020. Leider musste es aufgrund der Covid 19-Pandemie abgesagt werden. Die SSÄ übermittelten im September 2020 den allgemeinbildenden Thüringer Schulen 2.500 Exemplare des Themenheftes „**Weimar und die deutsch-jüdische Literatur um 1933**“ der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Thüringen. Blätter zur Landeskunde, Nr. 131, Erfurt 2020) zur unterrichtsgebundenen Nutzung ab Klassenstufe 9 für die Fächer Deutsch, Geschichte und Ethik.

Im September 2020 beteiligten sich zahlreiche Schülerinnen und Schüler mehrerer allgemeinbildender Thüringer Schulen an der Livestream-Veranstaltung mit der Holocaust-Überlebenden und Zeitzeugin Eva Pusztai. Die Projekte fanden statt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Hört die Zeugen**“ bei den Achava-Festspielen. In zwei weiteren allgemeinbildenden Thüringer Schulen trat im Frühherbst 2020 der aus Israel stammende Rapper, Sänger und Buchautor Ben Salomo auf und setzte sich mit gegenwärtigen Formen des Antisemitismus auseinander.

Thüringer Schulen führen gemeinsam mit dem Jüdischen Museum Berlin das Programm „**on.tour goes Jewish Places**“ im Schuljahr 2020/2021 durch. Dabei werden im Rahmen von Schulprojekten, Spuren jüdischen Lebens in Thüringen erforscht, dokumentiert und ausgewertet. Die interaktive Karte des Projekts mit über 7000 Daten jüdischer Lokalgeschichte macht jüdisches Leben im Alltag direkt sichtbar und bezieht auch künftig weitere Orte und Spuren jüdischen Lebens in Thüringen ein, welche von Schülerrinnen und Schülern entdeckt wurden.

Fahrten zu außerschulischen Lernorten machen Wissen erlebbar. Die Kenntnisse, die sich Schülerinnen und Schüler im Unterricht angeeignet haben, können sie dort durch praktische Erfahrungen. Das ist ein großer Schatz, bei dessen Hebung das Thüringer Bildungsministerium unterstützen möchte.

Deshalb wurde im Rahmen von Maßnahmen des Lernens an anderen Orten und für den Besuch von bestimmten außerschulischen Lernorten eine vereinfachte Kostenerstattung etabliert. Im Schuljahr 2019/2020 besuchten 2.707 Thüringer Schülerinnen und Schüler die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora sowie den Erinnerungsort Topf & Söhne zu eintägigen Exkursionen. Im Schuljahr 2020/2021 waren es 637 Thüringer Schülerinnen und Schüler (Stand: 07.12.2020).

Für eintägige Fahrten ohne Übernachtung sind insgesamt Kosten pro Klasse oder Kurs von bis zu 500 € erstattungsfähig. Anträge zu folgenden aufgeführten außerschulischen Lernorten können beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) gestellt werden:

- Besuch ausgewählter Thüringer Gedenkstätten und Erinnerungsorten der Opfer der deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert für Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7
- Fahrten zu ausgewählten Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Museen im Rahmen des Themenjahres „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“
 - o Alte Synagoge Erfurt
 - o Erinnerungsort „Topf & Söhne“

- Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora
- Thüringer Landesmuseum Heidecksburg, Rudolstadt
- Klassik Stiftung Weimar
- Lutherhaus Eisenach
- Lindenau Museum Altenburg
- Staatliche Bücher- und Kupferstichsammlung Greiz

Zudem ist im Schuljahr 2020/2021 die Unterstützung von bis zu 15 **Gedenkfahrten** verschiedener Thüringer Schulen **zu NS-Vernichtungslagern in der heutigen Republik Polen** (Auschwitz, Belzec, Sobibor, Kulmhof, Majdanek, Treblinka) durch die BETHE-STIFTUNG und das TMBJS möglich. Dazu fand am 8. September 2020 eine Fortbildungsveranstaltung für Thüringer Lehrkräfte zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Fahrten zu Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in Polen am Erfurter Lernort Topf & Söhne statt. Im Schuljahr 2019/2020 führten acht Thüringer Schulen mit 195 Schülerinnen und Schülern sowie 16 Lehrkräften mehrtägige Projekte in Auschwitz und anderen Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in Polen durch. Im Schuljahr 2018/2019 waren es 12 Thüringer Schulen mit 300 Schülerinnen und Schülern sowie 24 Lehrkräften, die an mehrtägigen Gedenkstättenfahrten nach Polen teilnahmen und ihre Erfahrungen öffentlich in der Schule und in Medien darlegten. Die nächste Fortbildungsveranstaltung für Thüringer Lehrkräfte, die mehrtägigen Gedenkstättenfahrten nach Polen planen, findet am 14. Januar 2021 im digitalen Format in Kooperation zwischen dem TMBJS, dem ThILLM und dem Erinnerungsort Topf & Söhne statt.

Internationale Jugendbegegnung in der außerschulischen Bildung bringen Jugendliche aus verschiedenen Ländern zusammen und geben ihnen Gelegenheit zum aktiven Austausch und zur interkulturellen Begegnung. Die Jugendlichen lernen voneinander und werden sich ihrer sozialen und kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bewusst. Mögliche Themen können dabei auch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sowie die Auseinandersetzung mit gemeinsamen Werten, Menschenrechts- und Demokratiefragen, Chancengleichheit und Respekt für andere Kulturen sein.

Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus und der heute zunehmenden antisemitischen und israelfeindlichen Einstellungen in Deutschland können insbesondere deutsch-israelischen Jugendbegegnungsmaßnahmen dazu beitragen, das Wirken gegen Antisemitismus verstärkt bilateral zu gestalten. Sie ermöglichen jungen Menschen, ihren Wissens- und Erfahrungshorizont auf jüdisches Leben in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart zu erweitern. Zum anderen ermöglichen Begegnungsreisen nach Israel Einblicke in ein interkulturelles Miteinander und den Lebensalltag in Israel, Vorbehalte zu thematisieren und bestehende Negativbilder infrage zu stellen und zu diskutieren.

In 2019 wurden insgesamt 26.314 € für fünf Jugendbegegnungsmaßnahmen im außerschulischen Bereich in Deutschland oder Israel von 2 Trägern (Other Music Academy Weimar e. V. sowie Begegnung 2005 e. V.) durch ConAct, dem Koordinierungszentrum für den Deutsch-israelischen Jugendaustausch, bereitgestellt. Die Mittel (Bundesmittel über den KJP) wurden im Länderzentralenverfahren durch das TMBJS für außerschulische Maßnahmen bewirtschaftet.

b) Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM)

Fort- und Weiterbildungen für Lehrpersonal:

Im Rahmen des Themenjahres 2020/2021 „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ bietet das ThILLM verschiedene Fortbildungsangebote für Thüringer Lehrkräfte an.

Das Institut, dessen Direktor zugleich Landesbeauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im schulischen Bereich ist, koordiniert als zentrale Einrichtung zur Beratung und Unterstützung aller Schularten die Lehrerfort- und weiterbildung in Thüringen.

Das ThILLM widmet dem Themenjahr eine eigene Internetseite (https://www.schulportal-thueringen.de/home/themenjahr_juedisches_leben) mit Hinweisen auf geplante Veranstaltungen.

Tagesseminare zum Thema „Wie unterrichte ich den Holocaust?“:

Die Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Ettersberg und der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße stellt die zentralen Fragen in den Mittelpunkt, was und wie unterrichtet werden soll, um dem Thema und den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

Die Beschäftigung mit dem Holocaust im Schulunterricht stellt Lehrende und Lernende gleichermaßen vor große Herausforderungen. Erstens ist die Reduktion von Komplexität und die Konzentration auf das Wesentliche als Voraussetzungen für die Vermittlung im Schulunterricht eine große Herausforderung, da der komplexe Entscheidungsprozess, der zum Holocaust führte, und die Vielfalt von Akteuren und Schauplätzen in ganz Europa kaum adäquat darzustellen sind. Zweitens wirft die Beschäftigung mit einem Verbrechen, dem sechs Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind und das einen Zivilisationsbruch darstellt, höchst beunruhigende Fragen über den Zusammenhalt einer Gesellschaft auf und ist eine emotionale Belastung für alle Beteiligten.

Kooperationsveranstaltungen mit außerschulischen Lernorten:

Für das Jahr 2021 plant das ThILLM in Kooperation mit der Gedenkstätte Mittelbau Dora zwei Fortbildungsseminare für Lehrerinnen und Lehrer (ein- und mehrtägig) zum Thema „Mit einem Touch zur historischen Quelle - Der Einsatz von Tablets in den pädagogischen Angeboten der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.“

Weiterhin ist eine Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald zur Vorbereitung von Besuchen mit Schülerinnen und Schülern, aufbauend auf dem Online-Angebot des ThILLM „Historische Fußabdrücke“ – Vorbereitung und Durchführung von Gedenkstättenbesuchen in der Gedenkstätte Buchenwald und im Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt geplant.

Kooperation mit Mideast-Freedom-Forum:

Das ThILLM kooperiert mit dem Mideast-Freedom Forum und bietet im Rahmen dieser Kooperation im SJ 2020/21 verstärkt Fortbildungen zur Thematik Israelbezogener Antisemitismus an. Daneben sind weitere Abruffortbildungen auf der hierfür extra erstellten Seite im TSP „900 Jahre jüdisches Leben“ zu finden, die von Schulen auch im Online-Format in Anspruch genommen werden können.

Tagungen:

Der Fachtag Geschichte 2021, der jedes Jahr in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fachbereich Geschichtsdidaktik stattfindet, widmet sich speziell dem Thema „Jüdisches Leben in Thüringen“.

Außerdem sind Lehrerfortbildungen zum Thema des Überlebens im KZ Theresienstadt und der Euthanasie im Nationalsozialismus in Zusammenarbeit mit dem Erinnerungsort „Topf & Söhne“ geplant.

In Kooperation mit der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung und den 28. Jüdisch-Israelischen Kulturtagen Thüringens wird eine Tagung zum Thema des Judentums und Antisemitismus in der Kinder- und Jugendliteratur, stattfinden. Die ganztägige Fortbildung wird Lehrpersonen verschiedener Klassenstufen Erzählungen, Romane, Grafic Novels, Kurzfilme und Spielfilme vorstellen, in denen jüdische Geschichte im Mittelpunkt steht.

Weitere Vorhaben im Zusammenhang mit dem Themenjahr behandeln das aktuelle, regionale jüdische Leben, die Geschichte der Juden in Thüringen und Europa sowie Antisemitismus und die Möglichkeiten, diesen zu bekämpfen.

Projekt „Geschichte online“ der zentral-regionalisierten Fortbildung unter Leitung des ThILLM:

Die Fachberaterinnen und Fachberater bieten unter Anleitung des Referats Gesellschaftswissenschaften den Lehrerinnen und Lehrern ein Online-Projekt zur Fortbildung im Fach Geschichte an. Dieses beinhaltet sowohl Unterrichtsbeispiele für den Präsenz- und Distanzunterricht als auch die didaktische und methodische Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen mit Hilfe des online verfügbaren Projekts „Historical Footprints“ (https://www.schulportal-thueringen.de/gewi_unterricht/geschichte#GeschichteOnline).

Das ThILLM ist beteiligt an der Erarbeitung des Entwurfs zur Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der KMK zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule.

c) Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

In Thüringen werden seit 2011 alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ gebündelt. Die Koordination des Programms wird im Rahmen des Landes-Demokratiezentrums beim TMBJS wahrgenommen. Das Programm versteht sich als

präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen in Thüringen. Das Landesprogramm widmet sich in seinen Maßnahmen dabei der Gesamtheit der unterschiedlichen Infragestellungen der demokratischen Kultur und der Religionsfreiheit.

Die Handlungsfelder des Programms sind nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention sowie nach den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns strukturiert. Damit ist das Programm einerseits klar definiert und gegliedert, andererseits betont es auch die Freiheit der Projektträger, vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms und der Beschreibung der Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen, in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm ist konstitutiver Bestandteil des Landesprogramms und steht allen kommunalen Gebietskörperschaften in Thüringen zur Verfügung. Das Angebot richtet sich in der Regel an Gruppen, zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde, oder Haupt- und Ehrenamtliche in den verschiedenen Einrichtungen oder Verbänden. Einzelne zielgruppenspezifische Bildungsbausteine werden zudem in den Fortbildungskatalogen des Landesjugendamtes, des Bildungszentrums der Thüringer Polizei, der Justizvollzugsausbildungsstätte, des Oberlandesgerichtes und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien ausgeschrieben.

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zudem zwei Einrichtungen in Thüringen durch das Landesprogramm gefördert: das „IDZ – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und das „KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (s. a. u. 7. S. 47 f.).

Für die Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden im Haushalt 2019 und 2020 jeweils rund 5,275 Mio. € veranschlagt.

[Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“:](#)

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beteiligt sich mit einer Sonderausschreibung am Themenjahr und fördert Projekte und Veranstaltungen, die thüringenweit jüdisches Leben und jüdische Kultur nachzeichnen sowie sich inhaltlich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Projektanträge konnten bis zum 1. Mai 2020 für das zweite Halbjahr 2020 sowie bis zum 1. Oktober 2020 für das Folgejahr gestellt werden. Für lokale Projekte können zudem die Fördermöglichkeiten der Partnerschaften für Demokratie genutzt werden.

Geförderte Projekte des Themenjahres in 2020:

Träger	Projektname	Landesmittel
Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V.	Judentum und jüdisches Leben in Thüringen zur DDR-Zeit	18.257,53 €
Verein zur Förderung der Demokratie und Weltoffenheit e. V. / Kloster Veßra	Südthüringen als Ort jüdischen Lebens	7.650,00 €
Kulturrat Thüringen e. V.	hier zuhause? - 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen	40.289,41 €
Imaginata e. V.	Augmented Reality - Sichtbarmachung jüdischer Perspektiven	13.590,00 €
B. M. Strupp-Stiftung	Lern- und Gedenkort "Jüdische Geschichte und Antisemitismus	39.952,94 €
Bildung-Vereint e. V.	"Ich konnte nicht schreien, nur deshalb lebe ich noch" - Geboren in Auschwitz	32.033,25 €
Arbeit und Leben Thüringen e.V.	Couragiert gegen Antisemitismus	32.946,59 €
Förderverein für jüdisch-israelische Kultur in Thüringen e. V.	"Frag den Rabbi!" Was du immer schon von Jüdinnen und Juden wissen wolltest und nicht zu fragen wagtest	7.500,00 €

Beispielhaft seien fünf vom Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit geförderte und zum Themenfeld passende Projekte beziehungsweise Träger vorgestellt:

Mobile Beratung:

Die Mobile Beratung in Trägerschaft des MOBIT e. V. berät und unterstützt all jene Menschen, die sich für eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur vor Ort einsetzen möchten und gegen die extreme Rechte handeln wollen. Im Mittelpunkt steht der Empowerment-Ansatz, mit dem Ziel, Akteurinnen und Akteure zu befähigen, künftig vergleichbare Probleme eigenständig oder/und unter Einbindung lokaler Netzwerke zu bearbeiten. Methodisch umfasst dieser Ansatz die (Problem-)Sensibilisierung, die Ressourcendiagnostik, die Zielvereinbarung für den Beratungsprozess, die anschließende reflektierte Prozessbegleitung sowie die Hilfe zur Entwicklung, Verstetigung und Stabilisierung lokaler Netzwerke. Gemeinsam mit Engagierten entwickelt MOBIT bedarfsspezifische Handlungskonzepte für eine Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und fördert somit eine lebendige Zivilgesellschaft. Die Beraterinnen und Berater setzen hierbei die mit den Mobilien Beratungen anderer Bundesländer gemeinsam entwickelten Qualitätsstandards um.

Zudem findet regelmäßig ein bundesweiter Austausch statt und die vom Bundesverband organisierten Fortbildungen werden von den Thüringer Beraterinnen und Beratern intensiv genutzt.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2019	2020
Förderhöhe aus Landesmitteln	283.777,33 €	278.875,98 €
Förderhöhe aus Bundesmitteln	271.234,08 €	320.533,62 €

Förderung der Opferberatung:

Der Beratungsdienst „ezra - Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ richtet sich an Betroffene von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an deren Angehörige und Personen des sozialen Umfelds sowie an Zeuginnen und Zeugen. Ezra wird in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) umgesetzt und ist Mitglied im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG e. V.). Für die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt orientiert sich ezra an den gemeinsamen Qualitätsstandards der fachspezifischen Beratungsstellen, die im VBRG e. V. zusammengeschlossen sind. Zu den wichtigsten Arbeitsprinzipien gehören die Niedrigschwelligkeit des Beratungsangebots, die Vertraulichkeit der Beratung, die auf Wunsch auch anonym stattfinden kann, die Parteilichkeit mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und die inhaltliche und strukturelle Unabhängigkeit der Beratungsstelle von staatlichen Einrichtungen und politischen Parteien.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2019	2020
Förderhöhe aus Landesmitteln	205.868,82 €	193.204,87 €
Förderhöhe aus Bundesmitteln	196.799,12 €	222.065,23 €

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC):

Arbeit und Leben Thüringen und die Kooperationspartner im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) führen seit Jahren außerschulische politische Jugendbildung durch, welche auf elaborierten und ständig weiterentwickelten Konzepten fußt. Die Bildungsveranstaltungen werden dabei sehr gut nachgefragt. Die Projektstage sind Bildungskonzepte der außerschulischen und unterrichtsbegleitenden Jugendbildung in Thüringen, sie erreichen junge Menschen dort, wo sie die meiste Zeit ihres Tages verbringen: in den allgemein- und berufsbildenden

Schulen. Während der Projektstage werden die Schülerinnen und Schüler zu einem offenen Meinungs­austausch angeregt, z. B. innerhalb moderierter Diskussionen. Sie sind durch Informationen zu demokratiebildenden und antirassistischen Themen sowie solcher der grundlegenden Antidiskriminierungsarbeit sensibilisiert und üben in den Projekttagen Konfliktlösungen, Kommunikationsprozesse und Teamfähigkeit ein. Durch diese Auseinandersetzung mit verschiedensten Themen werden soziale und demokratiebildende Kompetenzen im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens gestärkt und ausgebaut. Die Konzepte der außerschulischen und unterrichtsbegleitenden Projektstage erstrecken sich über sechs Unterrichtsstunden. Alle Projektstage sind abwechslungsreich in Bezug auf die methodisch-didaktische Aufteilung der Inputparts, der Selbsterarbeitung und der spielerischen Auseinandersetzung mit den Themen. Die Methoden der Projektstage folgen prinzipiell den Erkenntnissen der modernen Lehr- und Lernpsychologie, indem unterschiedliche (kognitive und emotionale) Erklärungs- und Lernvarianten eingesetzt werden. Der Methodenmix verfolgt einen emanzipatorischen Ansatz: Die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt angeregt.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2019	2020
Förderhöhe aus Landesmitteln	353.129,28 €	347.109,47 €

Landeskoordination Thüringen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“:
 Die Landeskoordination Thüringen in Trägerschaft der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar betreut das Thüringer Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC). Im Berichtszeitraum 2018 und 2019 war die Landeskoordination eine verlässliche Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für 55 Thüringer Courage-Schulen sowie weitere interessierte und Anwärter-Schulen. Zu den 55 Courage-Schulen gehören 1 Grundschule, 13 Regelschulen, 22 Gymnasien, 2 Berufsschulen, 1 Kolleg, 11 Gemeinschaftsschulen, 3 Gesamtschulen und 2 Förderschulen.

Kinder und Jugendliche werden in diesem Netzwerk darin bestärkt, ihre Schule aktiv mitzugestalten und sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Sie werden dabei von der Landeskoordination unterstützt, das Schulklima so nachhaltig zu verändern, dass die Stärkung von Zivilcourage gefördert wird und durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung ein friedliches und demokratisches Miteinander auf Grundlage gemeinsamer Werte möglich ist. Die Schulen verpflichten sich, mindestens einmal im Jahr ein Projekt durchzuführen, um das Projektanliegen in der Schule umzusetzen.

Das Projekt richtet sich an alle Schularten unabhängig von der Trägerschaft: Grundschulen, Förderschulen, Regelschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsschulen. In allen fünf Schulamtsbezirken befinden sich Courage-Schulen. Es gibt keine Altersbegrenzungen für die Mitarbeit.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2019	2020
Förderhöhe aus Landesmitteln	141.446,84 €	148.828,02 €

ZWST:

Die Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) ist der Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Jüdische Gemeinden und Landesverbände werden auf dem Gebiet der jüdischen Sozialarbeit von der der ZWST vertreten. Ihre Anliegen sind dabei unter anderem die Stärkung jüdischer Identitäten oder die Unterstützung jüdischer Gemeinden in Deutschland sowie der Ausbau der Infrastruktur.

Seit 2007 setzt die ZWST in Thüringen Programme und Projekte um, die sich der Demokratie- und Menschenrechtsbildung widmen. Die Projekte sind auf die Entwicklung und Umsetzung von mittel- und vor allem langfristig angelegten Bildungsangeboten in Thüringen spezialisiert. Die Angebote richten sich v.a. an pädagogische Fachkräfte, Polizei, Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit sowie öffentliche Verwaltung.

Durch Mittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist das Modellprojekt „Perspektivwechsel Plus“ von 2015 bis 2019 gefördert worden. Im Rahmen des Modellprojekts wurde die ZWST 2019 mit 26.000 € vom Freistaat unterstützt. Seit 2020 wird das Landespräventionsprojekt „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“ durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gefördert. Über die Jahre hat der Träger mit seiner fortwährenden Präsenz in Thüringen Netzwerke und Zielgruppen einbinden und auf Dauer erreichen können. Hervorgehoben können langfristig angelegte Kooperationen mit der Universität Jena, der Fachhochschule Meiningen, Jugendamt Erfurt, Landratsamt Saalfeld/ Rudolstadt und dem ThILLM. So wird z. B. die Fortbildung: „Ist Jude ein Schimpfwort?“ – Sensibilisierung in Jugendarbeit und Jugendhilfe, angeboten.

Kinder und Jugendliche sind sehr sensibel für gesellschaftliche Entwicklungen, Sprache und Verhalten, das um sie herum geschieht. Kommt es hierbei zum Kontakt mit antisemitischen Aussprüchen, Handlungen, Einstellungen oder auch Haltungen, können diese unbewusst übernommen werden. Es obliegt Fachkräften und Mitarbeitenden der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit diese Prozesse zu erkennen und diesem Phänomen etwas entgegensetzen.

Die Fortbildung sensibilisiert für aktuellen Antisemitismus und gibt einen ersten Einblick in die aktuellen Ausdrucksformen des Antisemitismus. Die Teilnehmenden können nach der Fortbildung einzelne Formen und Ebenen des Antisemitismus identifizieren und klassifizieren, eigene Haltungen und Bezüge zum Antisemitismus reflektieren, erste Maßnahmen der Krisenintervention einleiten (Fallanalyse, Betroffenenschutz, Disziplinarmaßnahmen, Beratung und Elterngespräche, Prävention u. ä.) einleiten und ausgewählte Methoden und Strategien praktisch anwenden.

Neben Fortbildungen, Workshops, Vorträgen und eintägigen Seminaren, sind in 2020 digitalen Angebote neu entwickelt worden. Es wurden fünf mehrtägige Schulungsreihen durchgeführt, zwei weitere Trainings konnten im Herbst 2020 begonnen werden. Allein auf dem Weg der mehrtägigen Fortbildungen wurden und werden über 90 Fachkräfte intensiv geschult. Einige Präsenzveranstaltungen mussten aufgrund des Infektionsgeschehens neu terminiert werden. Hinzu kamen in 2020 zahlreiche digitale Angebotsformate. Mit diesen Maßnahmen hat die Praxisstelle in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum etwa 3500 Personen ansprechen können. Darüber hinaus wurden durch kürzere analoge Formate wie Workshops und Vorträge weitere Fachkräfte erreicht. Die projektbezogenen Fachpublikationen sind zudem fortlaufend an Fachkräfte gerichtet. Exemplarisch sei hier die zweite Auflage des Theorie- und Methodenbuches „Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung“ von 2019 genannt. Zu den einzelnen Angeboten werden in den Abschnitten der verschiedenen Ressorts der Landesregierung Angaben gemacht.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2019	2020
Förderhöhe aus Landesmitteln	26.000 €	150.000 €

3. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV)

a) Aus-/Fortbildung in der Justiz

[Deutsche Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau:](#)

Die Deutsche Richterakademie, eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fortbildungseinrichtung, bietet zu der Thematik jährlich die Tagungen „Rechtsradikalismus und Neonazismus – Neueste Tendenzen“, „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“, „Justiz und Islam“, Rechtsradikalismus und Neonazismus – Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ sowie „Salafismus“ an.

Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aller deutschen Länder offen. Die Teilnahme ist freiwillig.

Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, MOBIT e.V. und dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vom 16. bis 17. November 2020 in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald die Fachtagung „Sprache, Hass und Terrorismus – das Internet als Aktions- und Radikalisierungsplattform der extremen Rechten“ angeboten, die allerdings pandemiebedingt abgesagt werden musste.

Aus- und Fortbildung für Rechtsreferendare:

Den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren des Freistaats Thüringen wird jeweils zu Beginn der Rechtsanwaltsstation eine eintägige Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus“ angeboten. Schwerpunkte dieser Veranstaltung sind:

- Die extreme Rechte in Thüringen — Verbreitung, Organisationsformen, Auftreten
- Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht - wirksame Schutzinstrumente gegen Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung?
- Grundrechte und Rechtsextremismus – Das Verwaltungsrecht im Spannungsfeld der grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit und dem Agieren verfassungsfeindlich orientierter, aber noch nicht verbotener Parteien und Vereinigungen.

Bereits im Rahmen der universitären Ausbildung soll eine Sensibilisierung der angehenden Juristinnen und Juristen für ihre Verantwortung bei der Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaats erfolgen. Zur Herausbildung eines entsprechenden Verantwortungsbewusstseins trägt es in besonderem Maße bei, sich mit den gravierenden Folgen eines von rechtsstaatlichen Maßstäben losgelösten juristischen Handelns auseinanderzusetzen.

Die Bund-Länder-Konferenz der Antisemitismusbeauftragten hat in einem Beschluss vom Oktober 2019 die Landesjustizministerien aufgefordert, eine Ergänzung von § 5a Abs. 2 des Deutschen Richtergesetz (DRiG) zu prüfen. Danach wäre es von essentieller Bedeutung, die Vermittlung eines rechtsethischen Bewusstseins und dessen Bedeutung für die Berufspraxis sowie Kenntnisse des Justizrechts im Deutschland des 20. Jahrhunderts in den Katalog der verbindlichen Studieninhalte aufzunehmen.

Der Thüringer Antisemitismusbeauftragte hat den Staatssekretär des TMMJV gebeten, dass darüber hinaus auf Landesebene geregelt werden möge, in den Grundlagen-/Pflichtfächern nach § 14 Abs. 2 Nr. 1b) u. c) Thüringer Juristenausbildungs- und prüfungsordnung (Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie sowie Rechts- und Verfassungsgeschichte) die entsprechenden Lehrinhalte zu etablieren. Der Thüringer Justizstaatssekretär hat in beiden Fällen seine Unterstützung zugesagt. Eine entsprechende Regelung wird derzeit auch im Kreis der Länder in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz diskutiert.

b) Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Bei den Diskussionen über die zunehmend antisemitischen Entwicklungen in Deutschland stehen vermehrt auch muslimisch geprägte Menschen im Fokus. Der Umgang mit jüdenfeindlichen Haltungen in der Begegnung mit Zugewanderten zum Beispiel in Integrations- und Orientierungskursen, aber auch in der sozialpädagogischen Begleitung kann herausfordernd sein. Dazu stellt der Thüringen Monitor Integration von 2018, der sich Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten in Thüringen widmet, in seiner Zusammenfassung zum Thema Antisemitismus fest:

„Eine besondere Rolle nehmen Einstellungen gegenüber jüdischen Personen und Israel ein. Hier fanden sich deutlich geringere Sympathiewerte und eine vergleichsweise erhöhte Tendenz zu negativeren Einstellungen, auch wenn die meisten Befragten feindselige Aussagen gegenüber Israel ablehnten. Dabei deuten Vergleiche mit Daten

des Thüringen-Monitors darauf hin, dass sich die Antipathien gegenüber Juden und die Ablehnung von Israel nicht wesentlich von jenen der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Diese Einstellungsmuster resultieren mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktlage im Nahen Osten und dem entsprechenden Meinungsklima. Allerdings lässt sich im Lichte der Befragungsergebnisse nicht von einem Import antisemitischer und antiisraelischer Einstellungen durch Migrant*innen nach Deutschland sprechen. Gleichwohl gilt es, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch bei der Gruppe der Geflüchteten, derartige Feindbilder aufzubrechen, zum Beispiel durch die aktive Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Religion oder vermeintlich verfeindeten Gruppen in pädagogisch begleiteten Settings.“

(Thüringen-Monitor 2018 - „Integration“ 2018 - Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten, S. 155, https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Zusammenfassung_TMI.pdf)

Dialogangebot in Integrations- und Orientierungskursen:

Die jüdische Landesgemeinde Thüringen (JLGT) hatte im Frühjahr 2018 berichtet, dass einer jüdischen Teilnehmerin im Integrationskurs geraten worden sei, ihre Religion zu verschweigen, um sich nicht antisemitischen Anfeindungen aussetzen zu müssen. Auch erhielt die jüdische Landesgemeinde vermehrt Berichte zu antisemitischen Äußerungen in Deutschkursen. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der JLGT, Prof. Dr. Reinhard Schramm, bot die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge daraufhin Integrationskursträgern in Thüringen an, im Rahmen der Kurseinheiten für das Thema „Antisemitismus“ zu informieren und ins Gespräch zu kommen. Im anschließenden Gespräch brachten Kursleiterinnen und Kursleiter - die in der Regel in erster Linie dazu ausgebildet sind, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten - zum Ausdruck, sich mit der Thematik überfordert zu fühlen. Oft fehle es an Hintergrundwissen, um entsprechenden Äußerungen selbstsicher zu begegnen. Welches sind die besonderen Hintergründe und Ursachen, die antisemitische Einstellungen im Nahen Osten prägen? Lassen sich Erkennungsmerkmale und Unterschiede bei Antisemitismus erfassen? Wie können wir darauf eingehen und was entgegnen? Die Problematik wurde auch mit der Regionalvertretung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) besprochen.

Fachtag „Stark gegen Antisemitismus! - judenfeindlichen Haltungen kompetent begegnen.“:

Die Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge widmete diesen Fragen im April 2019 einen Fachtag. Ziel war es insbesondere Lehrkräfte in Integrations- und Orientierungskursen, Hintergründe und konkrete Handlungshilfen zu vermitteln, um auf judenfeindliche Äußerungen kompetent zu reagieren. Antisemitismus stellt einen Grundwert und damit die Grundlage unserer Gesellschaft in Frage. Hier sollten alle in der Lage sein, klar Stellung zu beziehen.

Der Austausch mit Expertinnen und Kennern des Nahen Ostens im Rahmen des Fachtags machte deutlich: Antisemitismus gibt es fast überall auf der Welt und er greift immer auf dieselben Verschwörungstheorien zurück. Ideologisch sind hier kaum Unterschiede ausmachen zwischen beispielsweise einem „syrischen Antisemitismus“ und einem „sächsischen

Antisemitismus“. Die ‘Protokolle der Weisen von Zion‘ spielen überall eine grundlegende Rolle. Allerdings unterscheiden sich die gesellschaftlichen Normen, in denen der Antisemitismus gelebt wird. In vielen muslimisch geprägten Ländern des Nahen Osten gilt Antisemitismus - meist gepaart mit einer israelkritischen oder -feindlichen Haltung - als „politisch-korrekt“. In Schulbüchern des Nahen Ostens werden antisemitische Stereotypen gelehrt. Dies prägt auch die Einstellungen von manchen Zugewanderten aus diesen Ländern. In den meisten Fällen sind entsprechende Einstellungen wenig reflektiert. Darüber hinaus werden sie inhaltlich häufig mit der konfliktreichen politischen Situation im Nahen Osten und der Politik Israels vermengt. Gerade die Auseinandersetzung mit der deutschen Gesellschaftsordnung und der deutschen Geschichte, die Inhalt der Orientierungskurse darstellen, bietet einen naheliegenden Anknüpfungspunkt für Diskussionen und um die Haltung gegenüber dem Judentum kritisch zu hinterfragen.

Im Dialog mit Geflüchteten konnte insbesondere der Gedankenanstoß vermittelt werden, dass sie in der jüdischen Gemeinschaft einen besonderen Verbündeten haben. Gerade im Sommer 2015 befürwortete die Jüdische Landesgemeinde Thüringen ausdrücklich die Öffnung der Grenzen für syrische Geflüchtete durch die Bundesregierung. Eindrucksvoll schilderte Prof. Dr. Reinhard Schramm, dass gerade die jüdische Geschichte zeigt, wie wichtig es ist, Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Zuflucht zu gewähren.

Auch die Begegnung zwischen Musliminnen und Muslimen und der jüdischen Gemeinde geben wichtige Denkanstöße. Hierzu berichteten im Rahmen des Fachtags Vertreter des Wir sind Paten Erfurt e.V., ein Sozialdienst, der im Auftrag des Zentralrates der Muslime arbeitet, von gemeinsamen Besuchen der Holocaust Gedenkstätten in Auschwitz und Buchenwald.

[Im Gespräch bleiben – Begegnung fördern:](#)

Die Impulse des Fachtags sowie die Empfehlung des Thüringen Monitors 2018 – „Integration“ aufgreifend führt die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge den Austausch mit migrantischen Organisationen und insbesondere den Moscheegemeinden fort und bleibt in engem Austausch mit der jüdischen Landesgemeinde. Interreligiöse Begegnungsangebote werden durch die Beauftragte unterstützt und begleitet. Ziel ist es dabei auch, in der Begegnung und im Austausch von Mensch zu Mensch, Vorurteile abzubauen und zu überwinden. Unterrichtende in Integrations- und Orientierungskursen sowie sozialpädagogisches Fachpersonal im Integrationsbereich sollten weiter gezielt darin unterstützt werden, antisemitischen Haltungen kompetent zu begegnen.

4. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)

a) Polizei

[Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention - Polizeiliche Bildungsarbeit :](#)

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP) steht seit dem Jahr 2015 in Kooperation mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST, s. o. 2. c. S. 38). Die Kooperation wurde am 12. März 2020 zwischen dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK), in welchem die Stabsstelle PEP im April 2019 eingegliedert wurde,

und dem Bildungsprojekt „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“ des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment in der Trägerschaft der ZWST (PW - PT) erneuert. Sie basiert auf dem Anliegen der Partner, gegen alle Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einzutreten sowie gemeinsame Maßnahmen zur Qualifizierung von Multiplikator*innen umzusetzen.

Das Bildungsprojekt PW - PT zielt darauf ab, Fachkräfte und Multiplikatoren im Bereich der gesellschaftspolitisch orientierten Bildung, der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Verwaltung und der Polizei auf dem Gebiet der Antidiskriminierung - insbesondere im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus - fort- und weiterzubilden.

Außerdem unterzeichnete die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung/Fachbereich Polizei im März 2020 einen Kooperationsvertrag mit dem Bildungsprojekt „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“ (PW - PT) und knüpfte damit an die bereits geleistete Aus- und Fortbildungsarbeit mit Studierenden an.

Eine Erhebung des Landespräventionsrats Thüringen zu durchgeführten Maßnahmen der Antisemitismusprävention im Bereich der polizeilichen Bildungsarbeit seit 2015 ergab, dass vom Projekt „Perspektivwechsel Plus“ (später „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“) rund 50 Einzelveranstaltungen angeboten und begleitet wurden. Unterstützt von der Stabsstelle PEP erfolgten unter anderem in den Landespolizeiinspektionen im Zuge der Supervision für interne Multiplikatorinnen und Multiplikatoren „Flucht und Asyl“ und des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (s. o. 2. c. S. 33 ff.) Tagesseminare zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit am Beispiel von aktuellem Antisemitismus. In den Jahren 2018 und 2019 wurden Fortbildungsreihen zu o. g. Thematik für polizeiliche Führungskräfte sowie interkulturelle Trainings für Studierende des gehobenen Polizeivolldienstes zu Antisemitismus und Rassismus aufgelegt. Im März 2020 startete ein Auftakt von angebotenen Online-Seminaren zum „Umgang mit aktuellem Antisemitismus in der Polizeiarbeit“. Außerdem wurde die Seminarreihe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung“ (darin ist ein Ausbildungs-Modul zu aktuellem Antisemitismus enthalten) weitergeführt.

b) Landespräventionsrat Thüringen – AG Antisemitismus

Im Februar 2020 richtete der Landespräventionsrat (LPR) eine Arbeitsgruppe (AG) „Antisemitismus“ ein, um auf die zunehmende Gewaltförmigkeit des Antisemitismus zu reagieren. Die AG wird von Marina Chernivsky, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. geleitet. Das Ziel der AG besteht darin, herauszufinden, wie sich Antisemitismus in Thüringen zeigt und welche Präventionsaufgaben vor allem im Sicherheits- und Bildungsbereich damit verbunden sind. Auf der Basis aktueller Befunde zur Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland und Thüringen soll ein Bericht mit Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Antisemitismus in Thüringen zu erstellt werden. Der Bericht richtet sich an die politischen Entscheidungsträger sowie an die Fachkreise. Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme zu Theorien, Forschungsergebnissen und vorhandenen praktischen Handlungsleitfäden auf Bundes- und Landesebene ist eine Identifizierung von Best-Practice-Beispielen vorgesehen.

Bisher wurden die Landespräventionsräte und weitere Präventionsgremien der Bundesländer zu bestehenden Handlungsempfehlungen im Umgang mit Antisemitismus befragt. Die zugesandten Handlungsempfehlungen wurden analytisch den Bereichen Wissenschaft, Schule, Soziale Arbeit, Medien, Polizei, Justiz und Sport zugeordnet. Es meldeten sich neun Bundesländer zu vorhandenen Handlungsempfehlungen und Methoden zur Abwehr und Prävention von Antisemitismus in den Ländern. Ein Land gab an, sich hierzu in einer Planungsphase zu befinden. Auf Basis der Analyseergebnisse konnten insbesondere folgende Punkte als wesentlich für die Antisemitismusprävention herausgestellt werden: die Evaluation von präventiven und demokratiefördernden Maßnahmen, die Durchführung regelmäßiger Studien und Befragungen, die Unterstützung und Aufrechterhaltung einer kritischen fremdsprachlichen Medienberichterstattung, die Schaffung von Vertrauen durch Transparenz, die Verbindung mit sozialen und kulturellen Diversitäten, das Training sozial-kognitiver Fertigkeiten und Kompetenzen, die Schaffung identitätsstiftender Maßnahmen, das Fördern lebenslangen Lernens, die konsequente Intervention bei antisemitischen Vorfällen und das Erkennen antisemitischer Narrative in deutsch-islamischen Milieus.

Außerdem wurden Maßnahmen der Antisemitismusprävention im Bereich der schulischen und polizeilichen Bildungsarbeit in Thüringen für den Zeitraum der letzten fünf Jahre erhoben, die von der ZWST im Rahmen ihrer Projektarbeit gefördert und mit ihren Thüringer Kooperationspartnerinnen und -partnern, insbesondere der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung/Fachbereich Polizei und dem ThILLM realisiert wurden (s. a. o. 2. b u. c, S. 32 ff.). Im Bereich der schulischen Bildungsarbeit initiierte die ZWST seit 2015 rund 30 Fortbildungen für Lehrkräfte an Thüringer Bildungseinrichtungen, die sie gemeinsam mit dem ThILLM durchführte. Dazu zählten zentrale Fachtagungen wie z. B. die zweitägige Fachtagung „Gefühlserbschaften im Umbruch – Perspektiven, Kontroversen, Gegenwartsfragen“ (2015), die der Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus und der Nachgeschichte von Nationalsozialismus und Shoa diente. Jährlich erfolgten modulare Angebote wie das DIVERSITY-Training für Fachberaterinnen und -berater in Kindertageseinrichtungen und die Seminarreihe ACT (Acceptance Commitment Training) als ein Bildungs- und Beratungsangebot für Lehrkräfte zum Umgang mit Antisemitismus. Möglichkeiten des direkten Austauschs und der Partizipation ergaben sich auch in den angebotenen Workshops und teils öffentlichen Diskussionsforen. Im aktuellen Jahr führte das Lehrerfortbildungsinstitut in Kooperation mit der „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“, der Thüringer Landesstelle für Politische Bildung (LZT) und dem Erinnerungsort Topf & Söhne eine dreiteilige Online-Veranstaltung (Webtalks) zur Thematik „Antisemitismus und Judenfeindlichkeit heute – Herausforderungen im Schulalltag“ durch. Neben der eigentlichen Fortbildungsarbeit erstellt die ZWST zahlreiche Arbeitsmaterialien und Publikationen, die inhaltliche Impulse und methodische Anregungen zum pädagogischen Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit enthalten. Außerdem wurden vom ThILLM in diesem Zeitraum rund 75 Fortbildungsveranstaltungen in unterschiedlichen Formaten angeboten: (1) zentrale Fortbildungsveranstaltungen (z. B. „Rassismus und Antisemitismus als Herausforderung in der Bildungsarbeit“), (2) ein- und mehrtägige Tagesseminare (z. B. „Wie unterrichte ich den Holocaust“) und (3) Gedenkstättenfahrten. Letztere erfolgten regelmäßig und in Kooperation mit dem Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt.

Auf der Internetseite des LPR wird über Fachpublikationen und Fachtagungen zum Thema Antisemitismus berichtet. Am 25. März 2019 referierte Christoph Gann, Vorsitzender der B.M. Strupp-Stiftung und Richter am Landgericht Meiningen, im Rahmen der Veranstaltungsreihe

„Kriminalpräventiver Dialog (seit Mitte 2020 umbenannt in „Präventionsdialog“) zur Soziologie des Judenhasses als Gruppenerscheinung.

Am 04./05. November 2019 fand in Berlin das 4. Fachsymposium „Aufträge, Widersprüche und Herausforderungen der Geschichtsvermittlung“ unter der Schirmherrschaft von Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, statt. Daran nahm der Staatssekretär Inneres des TMK teil. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs sprach er zum Thema „Aus der Geschichte lernen? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.

c) Brand- und Katastrophenschutz

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz fördert das TMK den Thüringer Feuerwehrverband (ThFV) sowohl institutionell als auch projektbezogen.

In den Freiwilligen Feuerwehren in Thüringen bilden sich alle gesellschaftlichen Diskussionen, Konflikte und Probleme ab. Aktuell sind dies u. a. Debatten zum Thema Flucht und Asyl, Integration, Werte und Lebenskonzepte einer vielfältigen Gesellschaft, Rechtspopulismus, Rassismus usw. Hinzu kommt, dass in den Feuerwehren in Thüringen weniger als 1% Menschen mit Migrationsgeschichte oder Angehörige religiöser oder kultureller Minderheiten aktiv sind. Die Lebenswelt Feuerwehr in Thüringen ist stark homogen geprägt, vor allem durch weiße, deutsche, männliche Mitglieder mit technischen oder handwerklichen Berufen. Ein Zuwachs an Heterogenität wird vielfach skeptisch betrachtet oder gar offen abgelehnt. Unsicherheit, Ängste, Vorurteile und Stereotype sind verbreitet, wer als vermeintlich „anders“ oder „fremd“ angesehen wird, bleibt meist Außenseiter. Das betrifft u. a. Geflüchtete oder Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslime oder Juden/Jüdinnen, Schwule und Lesben usw. Auch sind Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren in rechtspopulistischen Initiativen und Gruppen anzutreffen, wie aktuelle Fälle über rechtsextreme Chatgruppen innerhalb der Feuerwehr Bad Lobenstein und Wurzbach zeigen.

Hier setzt das Projekt „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen – demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ (EMVü) an. Das Projekt wird seit 2011 finanziell gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (s. o. 2. c. S. 33 f.). Ziel ist es, Feuerwehrangehörige für demokratische Prozesse und aktive Mitwirkungs- sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten im gesamten Verband wie auch außerhalb zu aktivieren. Gerade den Führungskräften innerhalb der Thüringer Feuerwehren kommt eine besondere Verantwortung zu. Ein wichtiger Baustein des Projekts sind daher die festen Bildungseinheiten zum Thema „Demokratieverständnis und Extremismusprävention“ an der **Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS)**. Neben den Strukturen und Angeboten des Projektes werden den angehenden Wehrleiter/-innen zugleich neue Formen der Unterrichtsgestaltung zu Themen wie Stärkung des Miteinanders, Umgang mit Konflikten oder der Sensibilisierung für demokratiefeindliche Codes und Symbole vermittelt.

5. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)

a) Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Opferentschädigungsgesetz (OEG)

Wer auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Opfer einer vorsätzlichen, rechtswidrigen Gewalttat wird und dadurch eine gesundheitliche Schädigung erleidet, kann u. U. einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) geltend machen. Dies gilt auch für Hinterbliebene von Personen, die infolge der Gewalttat verstorben sind. Für einen möglichen Anspruch ist dabei das Vorliegen eines „tätlichen Angriffs“ unabdingbare Voraussetzung (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 07.04.2011 – B 9 VG 2/10 R). In Thüringen sind bisher keine Anträge mit antisemitischem Hintergrund nach dem OEG gestellt worden. Dies korrespondiert mit den Erfassungszahlen der Ermittlungsbehörden zu antisemitisch bewerteten Straftaten, die keine Delikte im Sinne des Angriffs auf die körperliche Unversehrtheit gegen Jüdinnen und Juden aufweisen (s. o. Teil I 3. S. 11 f.).

b) Bund der Heimatvertriebenen e. V. (BdV) – Landesverband Thüringen

Der konstruktive Dialog mit der jüdischen Gemeinde in Breslau sowie die weitere Einbeziehung der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen ist ein wichtiger Teil der Zusammenarbeit des BdV und dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Ein Ergebnis dieser Kooperation ist das Gemeinschaftsprojekt „Jüdische Freundschaftsbrücke Breslau-Thüringen“.

6. Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)

Sicherheit jüdischer Einrichtungen

Ein wichtiges Zeichen der Landesregierung war die schnelle Reaktion zur Aufrüstung der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen der Synagogen und Einrichtungen der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen (JLGT) nach dem Anschlag von Halle a. d. Saale im Oktober 2019 und der bundesweit daraus gezogenen Schlussfolgerungen.

Die Landesregierung hatte sich sehr früh dazu bekannt, diese Einrichtungen bei dem Bau und der Verbesserung der Schutzmaßnahmen zu unterstützen und am 10. Dezember 2019 beschlossen, Einrichtungen der JLGT mit verbesserten Schutzmaßnahmen zu versehen. Hierzu stimmte sie der Kostenübernahme für die auf der Basis von Empfehlungen des Landeskriminalamts erforderlichen baulichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen zu und bat den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft im Rahmen des Einzelplans 10 die haushaltsrechtliche Abwicklung zu gewährleisten.

Bereits im November 2019 hatten sich Vertreter der Thüringer Staatskanzlei mit Vertretern der Ministerien für Inneres und Kommunales sowie für Infrastruktur und Landwirtschaft in den Räu-

men der JLGT getroffen, wo erörtert wurde, wo und in welcher Weise die Sicherheit von Einrichtungen der JLGT sowie anderer mit ihr verbundener Einrichtungen Anlass zu verstärkter Anstrengung gibt. Die Grundlage für die Festlegung erforderlicher Maßnahmen an den Einrichtungen bildete eine Sicherheitsanalyse des Landeskriminalamtes Thüringen.

Das TMIL hat seitdem intensiv daran gearbeitet, Voraussetzungen sowohl für die technische als auch für die haushaltsrechtliche Abwicklung der sicherheitstechnischen Maßnahmen in den betroffenen Einrichtungen zu schaffen. Bisläng wurde dabei folgender Umsetzungsstand erreicht:

- Bei der „Neuen Synagoge Erfurt“ konnten die Eingangstüren des Vordereingangs und der Gartenseite bereits erneuert werden.
- Der Einbau einer Einbruchmeldeanlage in der „Synagoge und Wohnhaus Mühlhausen“ ist bereits erfolgt. Der Bezug der neuen Liegenschaft für die „Außenstelle Schalom Nordhausen“ ist ebenso erfolgt wie die Erneuerung der Sicherheitstechnik (Überfall-/Einbruchmeldeanlage).
- Die Außenbeleuchtungsanlagen im Bereich der „Alten Synagoge Erfurt“ sowie der „Kleinen Synagoge Erfurt“ wurden wirksam verbessert.
- Für den Jüdischen Friedhof Erfurt ist Sicherheitstechnik in Höhe von ca. 10.000 € geplant.

7. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG)

Hochschulen/Forschung

[Friedrich-Schiller-Universität Jena:](#)

Aktivitäten des KomRex zum Thema Antisemitismus 2018 bis 2020

Seit 2017 sammeln Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler der Friedrich-Schiller-Universität Jena Daten zum Rechtsextremismus und zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen und werten diese im Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) aus.

Da antisemitische Verschwörungstheorien ein fester Bestandteil des rechtsextremen Weltbildes sind, kommt der Analyse antisemitischer Einstellungen in den empirischen Studien des KomRex eine große Bedeutung zu. Im THÜRINGEN-MONITOR werden antisemitische Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung regelmäßig erhoben (s. o. Teil II S. 3. ff.). Da im öffentlichen Diskurs um Zuwanderung das Thema Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten aus islamisch geprägten Ländern eine wichtige Rolle spielt, hat das KomRex in dem 2019 veröffentlichten „Thüringen-Monitor Integration“, in dem u. a. politische Einstellungen von (größtenteils aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Iran stammenden) Geflüchteten in Thüringen erhoben wurden, auch Einstellungen der Befragten zu Israel gemessen. Den Aussagen „Israel allein ist schuld an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten“

und „Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden“ stimmten im Mittel 29,8 % der Geflüchteten eher oder voll zu (vgl. Beelmann et al. 2019: 131f.). Vergleicht man diesen Wert mit dem im Thüringen-Monitor gemessenen Anteil, so lässt sich die im Migrationsdiskurs insbesondere von rechtspopulistischen Parteien häufig geäußerte These, aus islamisch geprägten Ländern Immigrierte seien besonders antisemitisch eingestellt, empirisch nicht bestätigen (allerdings ist hier zu beachten, dass die Items im Thüringen-Monitor und im Thüringen-Monitor Integration zwar anti-israelische und antisemitische Einstellungen erfragten, sich aber inhaltlich und in der Formulierung unterschieden, vgl. Beelmann 2019 et al.: 131).

Innerhalb des KomRex-Netzwerks hat sich vor allem Prof. Michael Wermke, einer der Direktoren des KomRex und Inhaber des Lehrstuhls für Religionspädagogik an der FSU Jena, in seinen Forschungen mit dem Thema Antisemitismus auseinandergesetzt. In den Jahren 2018 und 2020 ist hieraus die Herausgeberschaft eines Themenheftes „Antisemitismus als religionspädagogische Herausforderung. Interdisziplinäre und internationale Perspektiven“ der Zeitschrift Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik (Wermke & Rothgangel 2019) und eine im Erscheinen begriffene Monografie über den religiös-zionistischen Pädagogen Kurt Silberpfennig, der 1942 in Auschwitz ermordet wurde (Wermke 2020, i. E.), hervorgegangen.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung – so auch mit Antisemitismus – ist ein zentraler Bestandteil der Lehrveranstaltungen des KomRex. So werden in einem von Prof. Andreas Beelmann, dem Leitenden Direktor des KomRex, in den Wintersemestern 2018/19 und 2020/21 angebotenen Seminar zum Thema Hasskriminalität auch antisemitisch motivierte Straftaten behandelt. Im Rahmen einer Vorlesungsreihe, die von der von Prof. Wermke geleiteten Arbeitsstelle für Kultur- und Religionssensible Bildung (KuRs.B) angeboten wird, wurde am 2. Juli 2020 eine Veranstaltung mit dem Berliner Antidiskriminierungsbeauftragten Derviş Hizarcı mit dem Titel „Hass, Gewalt, Diskriminierung? Beobachtungen und Überlegungen zum pädagogischen Alltag“ durchgeführt, bei der es um Alltagsrassismus im Allgemeinen und um Antisemitismus im Besonderen ging.

Aktuell ist das KomRex an einem Antrag für ein Verbundprojekt im Rahmen der im Frühjahr 2020 vom BMBF ausgeschriebenen Förderlinie „Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus“ beteiligt (Prof. Beelmann/Prof. Wermke). In dem beantragten Projekt mit dem Titel „Komplexität und (scheinbare) Paradoxien des Antisemitismus – Phänomene, Viktimologie & Gegenstrategien in interdisziplinärer Perspektive“ (KomParAtiV) sollen (scheinbare) Paradoxien des Antisemitismus durch eine Untersuchung der gesellschaftlichen Einbettung antisemitischer Haltungen und ihrer Bezüge zu anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie eine Analyse und Evaluation der Angemessenheit und Wirksamkeit von Gegenstrategien aus dem Bereich der Prävention (insbes. Bildungsmaßnahmen) und der Repression (Strafverfolgung und -zumessung) untersucht werden. Ein Ausgangspunkt für das u.a. vom KomRex zu bearbeitende Teilprojekt ist der scheinbar paradoxe Befund, dass trotz massiver Investitionen in schulische und außerschulische Bildungs- und Präventionsprogramme eine hohe Prävalenz antisemitischer Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen messbar ist. Dieses Paradox soll durch eine Untersuchung von ausgewählten Curricula, Bildungsmedien und Präventionsprogrammen zum Thema Antisemitismus hinsichtlich ihrer didaktischen Vorannahmen, Inhalte und Zielsetzungen, durch ein systematisches Forschungsreview zu Evaluationen und Wirksamkeitsstudien zu Bildungs- und Präventionsprogrammen

und schließlich durch eine standardisierte Schüler*innenbefragung zur Beurteilung von schulischen und außerschulischen Bildungsinhalten zum Antisemitismus in Deutschland aufgeklärt werden. Die Antragskizze für das Verbundprojekt wurde Anfang September 2020 eingereicht.

Die Arbeitsstelle KuRs.B hat im Oktober 2020 in Zusammenarbeit mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus Berlin einen Antrag für ein im Jahr 2021 durchzuführendes Projekt im Rahmen des Themenjahres "Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen" beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eingereicht. Ziel ist die Organisation einer Ausstellung mit dem Titel „L'Chaim – Auf das Leben! Die Vielfalt Jüdischen Lebens entdecken“, die die kulturelle, religiöse und säkulare Vielfalt des aktuellen jüdischen Lebens in Thüringen und Deutschland sichtbar machen und die Begegnung mit religiöser und kultureller Vielfalt fördern soll, um für ein tolerantes Zusammenleben zu werben und gängige Stereotype abzubauen.

Besonders im Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ bietet der Forschungs- und Lehrbetrieb einen ganzen Strauß von Projekten:

Vorhaben	Verantwortlich	Zeitplanung
Themenportal Menora Jüdisches Leben in Thüringen (mit Modul zur Ausstellung „Tora, Tamud, Tefillot“)	Michael Lörzer, Dr. Andreas Christoph (ThULB)	Mitte 2020
VR-Rekonstruktion der Großen Synagoge in Erfurt	Kooperation der ThULB (A. Christoph) mit den Geschichtsmuseen der Stadt Erfurt	Bis Jahresende 2020
„Christen – Juden – Gesellschaft. Perspektiven für Gegenwart und Zukunft“. Gemeinsamer STUDIENTAG der Evangelisch-Theologischen Fakultät der FSU Jena und der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt mit anschließender PODIUMSDISKUSSION „Jüdisches Leben in Deutschland: Angestrebte, erreichte oder verlorene ‚Normalität‘?“	Theologische Fakultät (Prof. Bezzel)	STUDENTAG am 13.01.2021
Digitalisierung des Tagebuchs von Eva Schiffmann (1925 - 1930), Erarbeitung der Biographie einer deutsch-jüdischen Schülerin aus Gotha und digitale Verknüpfung mit der Lernplattform des JMB: Jewish Places	Prof. John, Laura Dolezich (Historisches Institut, Geschichtsdidaktik) in Kooperation mit der ThULB	2019 – 2020
Durchführung eines Seminars an der Universität Jena im Bereich Geschichtsdidaktik - in Kooperation mit Studierenden der TU Berlin und dem Jüdischen Museum	Prof. John, Laura Dolezich (Historisches Institut, Geschichtsdidaktik) in Kooperation mit TU Berlin und Jüdischem Museum Berlin	WiSe 2020/21

Fachtag Geschichte Lehrerfortbildung „Thüringens jüdische Geschichte im Geschichtsunterricht“ (AT) am ThILLM	Prof. John, Laura Dolezich (Historisches Institut, Geschichtsdidaktik) in Kooperation mit dem ThILLM	04.03.2021
Ausstellung "Tora, Talmud, Tefillot. Jüdisches Schrifttum aus fünf Jahrhunderten in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena", begleitend Katalog (200 S.) in der Reihe "Beiträge aus den Sammlungen der Universität Jena"	apl. Prof. Stein (Theolog. Fak.) in Kooperation mit Dr. Ott (Leiter Handschriften und Sonder-sammlungen, ThULB)	18.11.2020 – 19.11.2021
<i>Erkundungsbohrungen</i> – Ein dezentrales Denkmal für Eduard Rosenthal (www.eduard-rosenthal.de)	Prof. Krieger (Seminar für Kunstgeschichte und Filmwissenschaft) mit Horst Hoheisel und Andreas Knitz	Dezember 2018 – Juni 2020
Veranstaltungen "Jüdisches Jena"	ACHAVA in Kooperation mit der FSU und Jena-Kultur	16.09.2020 – 25.09.2020

Auch die [Universität Erfurt](http://www.uni-erfurt.de) weist u. a. breitgefächerte Projekte in Forschung und Lehre zu Antisemitismus und jüdischem Leben aus:

PD Dr. Claudia Bergmann, Prof. Dr. Benedikt Kranemann, Prof. Dr. Jörg Rüpke, MWK u. Kath.-Theol. Fakultät	Research Centre "Dynamics of Jewish Ritual Practices in Pluralistic Contexts from Antiquity to the Present" (BMBF-finanziert)
Hannah Peaceman, MWK	Dissertationsprojekt zum Thema „Die Dialektik der Emanzipation. Das Potential jüdischer Perspektiven für die politische Philosophie am Beispiel des Vereins für Cultur und Wissenschaft der Juden“ (Diss. ist eingereicht)
Thomas Sojer u.a., MWK	Sommersemester: Workshop "death text resonance. Simone Weil and Writing To(wards) Death" (u. a. zum Antisemitismus bei der Jüdin Simone Weil)
PD Dr. Claudia Bergmann, MWK, Prof. Dr. Benedikt Kranemann, Kath.-Theol. Fak.	Wintersemester 2020/21: Ringvorlesung „Jüdisch lernen. Konzepte und Medien der Bildung im und über das Judentum
Prof. Dr. André Brodocz, Staatswiss. Fak.	Wintersemester 2018/19: BA-Seminar „Verfolgen und Vernichten – Theorien zur dunklen Seite moderner Staatlichkeit“ (inkl. einer Exkursion zu Topf+Söhne); das Seminar wird auch in Zukunft wieder angeboten
Prof. Dr. Kai Brodersen, Phil. Fak.	Wintersemester 2021/22: „Antisemitismus in der Antike“

Michael Haspel, Erz.wiss. Fak.	alle zwei Semester: Lehrveranstaltung "Weltreligionen im Religionsunterricht" (einschl. Thematisierung von Antisemitismus und Besuch/Gespräch in der Synagoge in Erfurt)
PD Dr. Christoph Henning, MWK	Kurse in der Staatswissenschaft: WS 2018/19 und WS 2019/20: Masterseminar Moderne politische Theorie (mit Themenblöcken zum NS und Totalitarismus/Antisemitismus-Theorien)
Dr. Vera Kallenberg, Phil Fak.	Wintersemester 2020/21: Seminar „Antisemitismus und Rassismus“
Prof. Dr. Omar Kamil, Phil. Fak.	Wintersemester 2018/2019: „Juden und Muslime. Geschichte in Konflikt und Symbiose“
	Sommersemester 2019: „Holocaust und Kolonialismus – Geschichte und Erinnerung“
	Sommersemester 2020: „Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart: Fragen – Erkenntnisse – Perspektiven“
Dr. Jochen Kirchhoff, Phil. Fak.	Sommersemester 2021: geschichtsdidaktische Lehrveranstaltung zum Thema „Schwierige Themen im Geschichtsunterricht. Umgang mit Antisemitismus, Holocaust und Verschwörungserzählungen im Klassenzimmer“ (Arbeitstitel)
Sebastian Kunze MA, Phil. Fak.	Sommersemester 2018: Vorlesung (BA): Jüdische Intellektuelle im 20. Jahrhundert mit u. a. der Thematisierung der antisemitischen Erfahrungen der Protagonist*innen
	Sommersemester 2018: Seminar (BA): Einführung in die Religion des Judentums und Methoden seiner Vermittlung, u. a. mit der Thematisierung antijüdischer Erfahrungen (z. T. mit autobiografischen Zeugnissen)
	Sommersemester 2018: Seminar (MA): Der Weg ins Freie (Arthur Schnitzler) – Historische Perspektiven auf jüdische Lebensrealitäten
	Sommersemester 2018: Seminar (BA): Briefe als Spiegel der Zeit, mit Einblicken in jüdische Lebensrealitäten zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Erfahrungen des Antisemitismus
	Wintersemester 2020/21: Vorlesung (BA): Einführung in Geschichte und Religion des Judentums (WS 2020), u. a. auch zum Antisemitismus
Dr. Doreen Reifebergerste, Phil. Fak.	Wintersemester 2019/20: Arbeitseinheit im Masterstudiengang „Gesundheitskommunikation“ zu den historischen Perspektiven der Gesundheitskommunikation und zur Gesundheitskommunikation im Nationalsozialismus; Entwicklung mit den Studierenden eines Open Access Band „Gesundheitskommunikation und Geschichte“ (https://www.dgpuk.de/de/jahrbuecher.html) sowie von LearningSnacks (https://www.learningsnacks.de/share/87858/c2018b38ba33b7d65222b1257deeb8af60c8df83)
Prof. em. Dr. Karin Richter, Erz.wiss. Fak.	Forschung und Lehre zur jüdischen Literatur und Geschichte – Themen zum Judentum, seiner Geschichte und seiner Kultur sowie zur jüdischen Verfolgung in der deutschen und internationalen Kinder- und Jugendliteratur <ol style="list-style-type: none"> 1. Literaturwissenschaftliche Analysen zu Erzählungen und Romanen für Kinder und Jugendliche zur jüdischen Thematik 2. Buchmanuskript zum Gesamtwerk von Mirjam Pressler (gemeinsam mit Dr. Jana Mikota von der Universität Siegen): 3. Lehrveranstaltungen zum Thema „Jüdische Geschichte in Geschichten“ = StuFu zur Vorbereitung der Kinder-Universität „Rund um das Buch“ 2020 und 2021

	<p>4. Vorbereitung einer Lehrerfortbildung im Rahmen der israelisch-jüdischen Kulturtage 2020 zum Thema „Jüdische Geschichte in Geschichten“</p> <p>5. Vorbereitung und Verantwortung für die Jahrestagung der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur</p>
Prof. Dr. Jörg Seiler, Kath.-Theol. Fak.	Wintersemester 2018/19: Vorlesung „Begrenzungen. Begegnungen der drei monotheistischen Religionen im Mittelalter und Früher Neuzeit“
	Wintersemester 2020/21: Vorlesung „Geschichte der christlichen Judenfeindschaft“
Prof. Dr. Sandra Tänzer, Prof. em. Dr. Karin Richter, Erz.wiss. Fak.	Im Rahmen des in jedem Semester angebotenen Seminars „Politische Bildung im Sachunterricht“, Teil des Studiums im Hauptfach „BA Primare und elementare Bildung“, werden Themen wie „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Geschichte und Gegenwart“ besprochen
	Wintersemester 2018/2019: „Dunkles Gold“ – Lesung mit Mirjam Pressler. Referentin: Mirjam Pressler, Lesung aus ihrem Manuskript „Dunkles Gold“, das die Geschichte des jüdischen Schatzes von Erfurt mit Ereignissen jüdischen Lebens im Mittelalter und dem gegenwärtigen Umgang mit jüdischer Kultur, Religion und Geschichte verbindet
	Sommersemester 2019: Literatur und Kunst für Kinder im Gespräch: „Dunkles Gold“ – Die Geschichte des jüdischen Schatzes in Erfurt in einem herausragenden Jugendbuch. Vortrag und Diskussion
	Wintersemester 2020/21: Vortrag von Petra Doubek (MOBIT), „Was heißt hier eigentlich ‚neutral‘? Zur Notwendigkeit einer Positionierung von Schulen und Bildungseinrichtungen für Demokratie und Menschenrechte“
	Wintersemester 2020/21: Argumentationstraining gegen rechte und diskriminierende Parolen – Aufstehen gegen Rassismus!“ (Workshop mit Wiebke Maria Lohmann, Julian Prescher vom Bündnis ‚Aufstehen gegen Rassismus‘)
Apl. Prof. Dr. Alexander Thumfart, Staatswiss. Fak.	Sommersemester 2020: BA-Seminar „Populismus“ u. a. zu Antisemitismus in Europa und Thüringen als Element gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
	Aktuell Betreuung einer MA-Arbeit „Wahrnehmungsperspektiven der Integration der sowjetischen Kontingentflüchtlinge in Deutschland ab 1989“, darin Vergleich der Thüringer Landesgemeinde mit der (liberalen) jüdischen Gemeinde in Hannover und Erfahrungen von Antisemitismus
PD Dr. Claudia Bergmann, MWK, Prof. Dr. Benedikt Kranemann, MWK	<p>Analogie und Differenz: Das dynamische Verhältnis von jüdischen und christlichen Liturgien / Analogy and Difference:</p> <p>The Ever-Changing Relationship of Jewish and Christian Liturgies (auch zu christlichem Antijudaismus)</p>
Prof. Dr. Kai Brodersen, Phil. Fak.	Antike im Rathaus. Die Antikenbilder im Greifswalder Ratssaal und ihre sehr deutsche Rezeption, in: Gymnasium 127,2. 2020, 159–178 (Die Antikenbilder wurden von den Nazis als „jüdisch“ und von der SED als „christlich“) verfemt.)
	Heidnische, jüdische und christliche Erinnerungsorte anno 333 n. Chr., in: Konfluenzen. Jahrbuch der Abteilung Protestantische Theologie Sibiu [ISSN 1582-8484]16/17, 2017 (publ. 2018), 73-85
	Studie zu einem von den Nazis entlassenen Greifswalder Professors Ziegler. Erscheint in: Susanne Froehlich (Hg.)

	Altertumswissenschaft in Greifswald Porträts ausgewählter Gelehrter 1856 bis 1946 [im Druck].
	Studie zur jüdischen Geschichte und zum Antisemitismus im Hellenismus. Erscheint in: Walter Ameling (Hrsg.) Der historisch-kulturelle Kontext und seine Reflexion in der Septuaginta [im Druck].
PD Dr. Kerstin Brückweh, MWK	Mit Clemens Villinger/Henrike Voigtländer/Kathrin Zöller, Die Alltäglichkeit von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in der langen Geschichte der "Wende", in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.), Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin 2020, S. 227-250
Prof. Dr. Christoph Bultmann, Erz.wiss. Fak.	Die Debatte über Luthers Betrachtung der Juden. Zur Frage von Edition und Rezeption der Schrift 'Von den Juden und ihren Lügen' (1543) im Lichte einiger Ausführungen von Philipp Jakob Spener (1702), Johann Georg Walch (1747) und Johann Franz Buddeus (1730), in: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift, 33, 2018, S. 32-46
PD Dr. Christoph Henning, MWK	Philosophie und das Politische, oder: Meinungsfreiheit als Politikum. Zur Arbeitstagung der DGPhil über Rechtspopulismus in der Universität (Bielefeld 24./25.4.19), DGPhil-Mitteilungen 44, Sommer 2019, 2-10 sowie gekürzt in Information Philosophie 2/2019, 113-120
Historiker*innen der Universität Erfurt, Phil. Fak.	Vernetzungen und Fortbildungen in Kontexten zum jüdischen Leben und Antisemitismus, u. a. Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Vereinen, Organisationen, Schulen etc.; AG Vereinnahmungen von Geschichte und Konzeptionierung eines Workshops „Antisemitische Geschichtsmymthen“ (1.2.2021–30.4.2021) https://weltoffenes-thueringen.de/
Prof. Dr. Omar Kamil, Phil. Fak.	Verknüpfte Gedächtnisse: Zum Antisemitismus bei arabischen Migranten und Migrantinnen in Deutschland, in: Knigge, Volkhard/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Geschichte von Gestern für Deutsche von Morgen. Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisches-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; Bd. 17, Wallstein Verlag, Göttingen 2019, S.131-154.
Prof. Dr. Benedikt Kranemann / Prof. Dr. Jörg Seiler, Kath.-Theol. Fak.	Konzeption des Themenheftes der Theologie der Gegenwart 3/2020 „Jüdisches Leben in Thüringen“
Wissenschaftliche Beratung von Gremien, die sich u. a. mit dem Judentum bzw. dem Verhalten anderer Religionen oder gesellschaftlichen Gruppen gegenüber dem Judentum beschäftigen	
Prof. Dr. Christoph Bultmann, Erz.wiss. Fak.	Projektbotschafter des „House of One“ in Berlin (https://www.uni-erfurt.de/universitaet/aktuelles/news/news-detail/christoph-bultmann-ist-botschafter-fuer-das-haus-der-drei-religionen-in-berlin)
Prof. Dr. Kai Hafez, Phil. Fak.	Mitglied im vom BMI gegründeten Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM), dem in den nächsten 2-3 Jahren unter anderem die Aufgabe zukommt, Parallelen und Unterschiede zwischen Islamfeindlichkeit und Antisemitismus herauszuarbeiten
Prof. Dr. Omar Kamil, Phil. Fak.	Fachberater beim Fachaustausch zum Thema Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft für die Mitarbeiter*innen der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIGa e.V. am 26. Februar 2020 in Berlin
Vorträge	
Prof. Dr. Benedikt Kraneman, Kath.-Theol. Fak.	Fachberater der K II Ökumene der Deutschen Bischofskonferenz, die sich auch mit Fragen des Verhältnisses zum Judentum beschäftigt

PD Dr. Christoph Henning	Vortrag über den philosophischen Ober-Antisemiten Eugen Dühring beim Workshop am Kolleg Friedrich Nietzsche Weimar: Erfolgreiche Außenseiter. Überraschende Wirkungsgeschichten in der Deutschsprachigen Philosophie, 11./12. Juni 2020
Prof. Dr. Omar Kamil, Phil. Fak.	Vortrag zum Thema „Junge Migrant/-innen und Antisemitismus: Fakten, Mythen und Chancen“ am 14. Juni 2018. Veranstalter: Universität Halle und Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt
	Vortrag zum Thema „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft“ am 8. Januar 2019. Veranstalter: Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
	Vortrag zum Thema „Antisemitismus in der arabischen Welt: Geschichte – Erkenntnisse – Perspektiven“ in: Workshop der Deutsch-israelischen Schulbuchkommission. Veranstalter: Universität Leipzig und Georg-Eckert-Institut (Leibnitz-Institut für Internationale Schulbuchforschung am 28./29. November 2019
	Vortrag zum Thema „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft – eine historische Perspektive“ Workshop „Antisemitismus unter Muslimen“ fand am 4./5. 12. 2019 im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) statt. Veranstalter: Bertelsmann Stiftung
	Podiumsdiskussion „Ist Kritik an Israel antisemitisch?“ mit Martin Borowsky und Oleg Shevchenko. Moderation: Franziska Schmidtke am 29. September 2020, Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung und Omas gegen Rechts e.V.
	In Vorbereitung: Vortrag zum Thema Antisemitismus unter dem Titel „Verknüpfte Erinnerungen – Narrative von gestern für Deutsche von morgen“. Eine gemeinsame Veranstaltung vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität und Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung am 4. Dezember 2020.
	In Vorbereitung: Organisation der 3. Jahresvorlesung zum Themenbereich Antisemitismus gemeinsam mit Prof. Dr. Christiane Kuller. Gastredner ist der renommierte Historiker Prof. Dr. David Nirenberg/University of Chicago, Ort: Erfurt, Zeit: Oktober 2021
	In Vorbereitung: Organisation, gemeinsam mit Prof. Dr. Christiane Kuller und dem Institut für Antisemitismusforschung an der der Technischen Universität Berlin: Workshop: Antisemitismus und Kolonialismus: Vermittlung unterschiedlicher Narrative im Geschichtsunterricht jenseits von Konkurrenz und Konflikt, Ort: Universität Erfurt, Zeit: November 2021
PD Dr. Katharina Ulrike Mersch, MWK	Der Mob vor den Mauern: Stadtgemeinschaften und religiös motivierte Massenzüge, erscheint in: Historical Dimensions of Religious Violence, hrsg. von Dorothea Weltecke. Berlin/Boston (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien) [2021]
Prof. Dr. Ilaria L.E. Ramelli, MWK	Esoteric Interpretations of Scripture in Philo (and Hellenistic Judaism), Clement, and Origen," in Esoteric Cultures of Scripture, ed. Toby Mayer, Oxford: Oxford University Press, 2021
Prof. Dr. Markus Vinzent, MWK	'Christians, the "more obvious" representatives of the religion of Israel than the Rabbis?', in Richard L. Gordon, Georgia Petridou, and Jörg Rüpke (eds.), Beyond Priesthood. Religious Entrepreneurs and Innovators in the Roman Empire, Religionsgeschichtliche Versuche und Vorarbeiten 66 (Berlin, 2017), 215-229.
	'Ignatius of Antioch on Judaism and Christianity', in Claudia Kampmann, Ulrich Volp, Martin Wallraff and Julia Winnebeck (eds.), Kirchengeschichte. Historisches Spezialgebiet und/oder theologische Disziplin, Theologie, Kultur, Hermeneutik 28 (Leipzig, 2020), 61-80.

	Markus Vinzent, 'Christianity: A response to Roman-Jewish conflict', in Katell Berthelot (ed.), <i>Reconsidering Roman power: Roman, Greek, Jewish and Christian perceptions and reactions</i> , Collection de l'École française de Rome 564 (Rome: Publications de l'École française de Rome, 2020), 473-491.
	Jewish-Christian Relations - A Painful Split, in: Piotr Ashwin-Siejkowski, Ilaria L.E. Ramelli, John Anthony McGuckin, <i>The T&T Clark Compendium of the Early Church</i> (London, 2021), chapter 1

Die [Hochschule für Musik „Franz Liszt“](#) in Weimar widmet sich der Thematik mit einem Projekt von Frau Dr. Maria Stolarzewicz *„Verfolgte Musiker im nationalsozialistischen Thüringen. Eine Spurensuche II“*.

Das Projekt beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten der Verfolgung von „nichtari-schen“ und als politische Feinde eingestuftes Musikschaffenden im NS-Thüringen. Die Inhalte des Projekts werden in vier thematische Blöcke gruppiert: 1) Schicksale der in Thüringen wirkenden Musikerinnen und Musiker und ihrer Familien, 2) Lebensumstände und Aktivitäten der in Thüringen agierenden jüdischen Kantoren, 3) die Musikausübung in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern mit besonderer Berücksichtigung des KZs Buchenwald, 4) Aspekte, die über Thüringen hinausgehen, wie etwa Antisemitismus, jüdische Akkulturation durch Musik und nationalsozialistische Kulturpolitik. Das Vorhaben wird u. a. durch die Thüringer Staatskanzlei gefördert.

Die Hochschule verfügt eigens über einen Lehrstuhl für die Geschichte der jüdischen Musik, dessen Inhaber Prof. Dr. Jascha Nemtsov, Professor für Musikwissenschaft, am o. g. Projekt beteiligt ist.

Die [Bauhaus-Universität Weimar](#) offeriert im Wintersemester 2020/2021 - gerade auch im Zusammenhang mit dem Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ - im Rahmen einer Gastprofessur von Frau Prof. Dr. Mirjam Wenzel (Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt und Honorarprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main) Vorträge und u. a. einen Workshop zusammen mit Dr. Max Czollek für Studierende und Promovierende zur vertieften Auseinandersetzung mit dem Komplex der pluralen jüdischen Gegenwart in Deutschland und die Kritik von Jüdinnen und Juden an der deutschen Gedenkkultur.

Teil III

Vorschläge und Handlungsempfehlungen

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Thüringen ist eine bedeutende gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Bildung:

Der Schlüssel für die Bekämpfung von Antisemitismus liegt vor allem in der Aufklärung der Gesellschaft, denn Diskriminierung und die Verbreitung von Stereotypen sind weitestgehend eine Folge von Unwissenheit. Deshalb liegt ein wesentlicher Teil der Aufgabe des Beauftragten bei Bildung und Aufklärung, auch durch die unterstützende Förderung von Projekten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Meinungsbildung in der Bevölkerung ist ein Prozess, bei dem sich durch vielfältige Sozialisationsfaktoren Ideologien und Denkweisen mehr oder weniger stark verankern können. Deshalb ist bereits aufklärende Kinder- und Jugendarbeit essentiell für das Fortentwickeln und Stärken einer freiheitlichen und von Toleranz geprägten Zukunft.

Antisemitisch motivierte Straftaten finden schon im schulischen Umfeld statt. Deswegen sollten Lehrkräfte und Betreuungspersonal noch mehr und verbindlich für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden, um zu wissen, wie mit solchen Situationen genau umzugehen ist.

Antisemitische Vorfälle müssen konsequent angesprochen und aufgearbeitet werden. Insbesondere müssen Schulleitungen die vermeintliche Scheu davor verlieren, solche Vorfälle zu melden, weil die Schule etwa nicht in Misskredit geraten will. Herunterspielen und Wegschauen durch die Verantwortlichen untergräbt den Bildungsauftrag zu demokratischem Verhalten und traumatisiert die Opfer antisemitischer Angriffe.

Das ThILLM könnte dabei als Anlauf- und Meldestelle weiterentwickelt werden, damit antisemitisch motivierte Geschehnisse von den zuständigen Verwaltungsorganen und Beauftragten einfacher und gebündelt evaluiert werden können, um in der Zukunft mit daran orientierten Maßnahmen schnell und flexibel reagieren zu können. Die Meldestelle könnte auch Informationen - unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - entgegennehmen, soweit antisemitisch motivierte Straftaten angezeigt und verfolgt wurden, ohne dass die Schulen davon wussten. Die Kenntnis über den Verlauf und den Abschluss der entsprechenden Verfahren wäre für das Entwickeln und Ergreifen geeigneter pädagogischer Konzepte und Maßnahmen nützlich.

Die Auswertung der gemeldeten Daten über antisemitische und andere religiös oder ethnisch begründete diskriminierende Äußerungen und Handlungen sollte dann durch das TMBJS mit den Beauftragten erfolgen.

Die intensive Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte und das daraus resultierende Verständnis ist eine wichtige Grundlage, um Respekt, Akzeptanz und Toleranz zu schaffen. Bildung und Aufklärung zur jüdischen Geschichte erfolgt zuvörderst im schulischen Unterricht.

Zu empfehlen ist daher die starre Pädagogik des Geschichtsunterrichts aufzubrechen und stattdessen Verknüpfungen herzustellen. Jüdisches Leben oder auch antisemitisch motivierte Geschehnisse haben nicht nur historische Aspekte, sondern auch ethische oder religiöse, weswegen den Schülerinnen und Schülern dort fächerübergreifende Materialien zur Verfügung gestellt werden könnten, die wiederum auch eine Verknüpfung zwischen der darin beleuchteten Vergangenheit und der Gegenwart darstellen sollten. Moderne, digitale Angebote und Medien könnten dabei helfen, das Interesse der Kinder und Jugendlichen zu wecken, sich mit der Thematik intensiver auseinander zu setzen.

Projekte und Maßnahmen speziell gegen digitale Hetze und Cybermobbing sollten in den Lehrplänen Aufnahme finden, da diese Formen der Diskriminierung gerade bei der jüngeren Generation mit zunehmendem technischem Fortschritt und der Digitalisierung immer alltäglicher, kontinuierlich einfacher und in ihrer Grenzüberschreitung selbstverständlicher werden.

Internationale Beziehungen:

Deutsch-Israelische Begegnungen sind zu pflegen, zu fördern bzw. zu intensivieren. Dies betrifft Schülerprojekte und Schulpartnerschaften mit Israel, aber auch Begegnungen im Bereich des Sports oder z. B. von Vereinen und Feuerwehren.

Erinnerungsarbeit:

Die Gedenkstätten- und Museumsarbeit ist ein wichtiger Baustein der kulturellen Auseinandersetzung mit Judentum und Antisemitismus.

Die geschichtliche Aufarbeitung jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens sollte mithilfe des Landesarchivs Thüringen und der Digitalisierung sämtlicher Aktenbestände vorangetrieben werden.

Zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit Geschichte zählt auch die Erkenntnis, dass auch eigene Institutionen Teil des nationalsozialistischen Machtsystems waren. Die Rolle der Landesministerien während der NS-Zeit, der Hochschulen, Schulen und anderer Einrichtungen ist daher weiter zu erforschen.

Inneres / Öffentlicher Dienst:

Es sollte geprüft werden, die Funktion eines Beauftragten gegen Antisemitismus bei der Polizei zu schaffen. Dieser wäre ein zentraler Ansprechpartner zum Thema, könnte entsprechende Fortbildungen organisieren sowie das Personal fortlaufend sensibilisieren. Ein Polizeirabbiner könnte, vergleichbar dem Landespolizeipfarrer, den Dienst der Beamtinnen und Beamten bei Polizei und Justiz seelsorgerlich begleiten.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus sollte generell ein fester Bestandteil der Ausbildung zum öffentlichen Dienst auf allen Ebenen im Freistaat Thüringen werden. Zur Herausbildung eines entsprechenden Verantwortungsbewusstseins trägt es in ganz besonderem Maße bei, sich mit den gravierenden Folgen eines von rechtsstaatlichen Maßstäben losgelösten Handelns auseinanderzusetzen. Die Befassung mit dem in vergangenen Diktaturen, insbesondere während der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, begangenen Unrecht, ist

daher in besonderer Weise geeignet, den akademischen Nachwuchs für die hohe Bedeutung rechtsstaatlicher und rechtsethischer Prinzipien zu sensibilisieren und die Fähigkeit zu kritischer Reflexion des Rechts einschließlich seines Missbrauchspotentials zu fördern. Das Thema Antisemitismus sollte deshalb schon im Rahmen der Ausbildung der Verwaltung, Justiz und Polizei fest verankert bzw. intensiviert werden.

Justiz:

Die konsequente Verfolgung und Ahndung antisemitisch motivierter Straftaten ist geeignet, ein klares Signal an die Gesellschaft zu senden, dass Antisemitismus in einer freiheitlichen Rechtsordnung geächtet ist und kein Raum für die Annahme einer öffentlichen Nachlässigkeit oder Duldung dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bleiben kann. Moderne Formen der Kriminalität im Netz oder Cyberraum stellen in der Strafverfolgung eine besondere Herausforderung dar. Die zügige Durchführung und Beendigung von einschlägigen Strafverfahren wäre dabei geeignet, zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in einen funktionierenden Rechtsstaat beizutragen. Polizei und Justiz sind daher materiell und personell für die effiziente Erledigung der Aufgaben auszustatten.

Förderung / Zivilgesellschaft / Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus:

Staat und Gesellschaft sind bei der Bekämpfung des Antisemitismus auf die Mithilfe ziviler Organisationen angewiesen. An einer angemessenen Förderung dieser Institutionen ist unbedingt festzuhalten.

Insbesondere ist die Einrichtung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, in der Meldungen über antisemitische Vorfälle systematisch gesammelt und analysiert werden, überfällig. Damit sollte in Thüringen eine Institution betraut werden, die sich bereits eine entsprechende wissenschaftliche Expertise erarbeitet hat und über eine breite und intensive Forschungserfahrung verfügt. Die Etablierung einer „community-nahen“ Dokumentationsstelle mit einem regionalen Kooperationsnetzwerk soll dann auch der Meldung niedrighwelliger antisemitischer Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze dienen. Die Einrichtung sollte darüber hinaus Anlaufstelle für Betroffene sein können und regionalspezifische Maßnahmen zum Schutz von Jüdinnen und Juden und zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus, z. B. durch Bildungsformate entwickeln.

Literaturverzeichnis:

Verwendete Literatur:

- Bundesamt für Verfassungsschutz, Lagebild Antisemitismus, Online: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus>
- Bundesverband RIAS (2020): Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Online: https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf [25.11.2020].
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019). *Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Bergmann, Werner (2007). Störenfriede der Erinnerung. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland. In: Klaus-Michael Bogdal/Klaus Holz/Matthias N. Lorenz [Hrsg.]: *Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz*. Stuttgart, S. 13-36.
- Goldenbogen, Anne und Zwilling, Caterina: „Antisemitisch motivierte Straftaten“ in: Anders Denken, die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, 2020
- Botsch, Gideon (2019). Rechtsextremismus und "neuer Antisemitismus". In: Olaf Glöckner/Günther Jikeli [Hrsg.]: *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute*. Hildesheim/Zürich/New York, S. 21-38.
- Mobit e.V. (2018): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach_den_rechten_Häusern_sehen_2018.pdf
- Lendvai, Paul (1972). *Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa*. Wien.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fürnberg, O., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2019). *Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Schnabel, Falk: „Antisemitische Straftaten“ in: Themenheft 2019, *Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*, Deutscher Koordinierungsrat, S. 34 f.
- Thiele, Anja (2020a). Zweierlei Kontinuitäten. Antisemitismus in der DDR. In: *Wissen schafft Demokratie 7. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft*, S. 48-61.
- Thiele, Anja (2020b) Antizionistische Allianzen. Das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus (2020). In: *Wissen schafft Demokratie 6. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft*, S. 60-70.
- Thiele, Anja (2021). „Bei den Nazis war es der Jude, in der DDR der Regimekritiker“. *Geschichtsrelativierung als Selbstlegitimation*. (i.Dr.)
- Salzborn, Samuel (2019): Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“. In: Ders. [Hrsg.]: *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*. Baden-Baden, S. 196–215. Salzborn, Samuel (2010): *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*. Frankfurt a.M.
- Weiß, Volker (2018). Rolf Peter Sieferles „Finis Germania“. *Der Antaios Verlag und der Antisemitismus*. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 28, S. 123-145.
- Wermke, M. (2020, i.E.). *Ein letztes Treffen im August 1941. Kurt Silberpfennig und die Praxis religiös-zionistischer Pädagogik*. Reihe Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland, Band 10.

- Wermke, M. & Rothgangel, M. (Hrsg.) (2019). Einführung in den Thementeil: Antisemitismus als religionspädagogische Herausforderung. *Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik 1* (2019), S. 2-5

Weiterführende Literatur:

Publikationen aus dem IDZ

- Quent, Matthias (2020): Rechtsextremismus: 33 Fragen und Antworten. München.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München.
- Quent, Matthias; Rathje, Jan (2019): Von den Turner Diaries über Breivik bis zum NSU: Antisemitismus und rechter Terrorismus. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Berlin: Metropol Verlag.
- <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/antisemitismus-halle-rechtsextremismus-matthias-quent>
- Thiele, Anja (2020). Die Shoah in der Literatur der DDR. Jena (Diss.).

Weitere Publikationen

Studien, Leitfäden, Methoden und Gutachten

- „Antisemitismus in der Schule“ – wissenschaftliches Gutachten von Samuel Salzborn und Alexandra Kurth, Januar 2019: www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/Antisemitismus-Schule.pdf
- „Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus – Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Jüdinnen und Juden in der EU“ – Studie der FRA: <https://fra.europa.eu/de/publication/2019/erfahrungen-und-wahrnehmungen-im-zusammenhang-mit-antisemitismus-zweite-erhebung-zu>
- „Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ – Oliver Decker, Elmar Brähler (Hrsg.): www.boell.de/de/2018/11/07/flucht-ins-autoritaere-rechtsextreme-dynamiken-der-mitte-der-gesellschaft
- „Germany Antisemitism Assessment Study. General Population Survey“ – Studie des World Jewish Congress, Oktober 2019.
- „Mach mal keine Judenaktion!“ – Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus – Studie von Julia Bernstein unter Mitarbeit von Florian Diddens, Ricarda Theiss und Nathalie Friedländer: www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach_mal_keine_Judenaktion__Herausforderungen_und_Loesungs-ansaezte_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf
- „Nehmt sie ernst! Junge Menschen wollen gehört und beteiligt werden“ – Studie der Bertelsmann-Stiftung: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/nehmt-sie-ernst-junge-menschen-wollen-gehört-und-beteiligt-werden/
- „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“ – Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter: www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie
- „Young Jewish Europeans: Perceptions and Experiences of Antisemitism“ – Studie der FRA: fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-young-jewish-europeans_en.pdf (im Bericht zitierte Studie der Europäischen Grundrechteagentur)

- „Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen. Ein Leit-faden“ – OSZE-ODIHR 2017 (enthält u. a. Leitfaden für Trainings der Polizei und zur Erkennung antisemitischer Hassverbrechen)

Literatur zur Bildung und zum Umgang mit Antisemitismus

- Amadeu Antonio Stiftung: Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handrei-chung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Berlin 2014.
- Ben-Rafael, Eliezer; Sternberg, Yitzhak; Glöckner, Olaf: Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora. O. O. 2010.
- Benz, Wolfgang: Das Bild vom mächtigen und reichen Juden, in: Benz, Wolfgang: Bil-der von Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus. München 2001,
- Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München 2007.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutsch-land von 1945–1989. Ergebnisse der empirischen Forschung. Opladen 1991.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Anti-semitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 502 - 519.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Mei-nung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38. Jg. (1986), H. 2, S. 209 - 222.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Alba, Richard; Schmidt, Peter; Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Aus-länder – Freunde, Fremde oder Feinde? Opladen 2000, S. 402 - 437.
- Bergmann, Werner: „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Ansorge, Dirk (Hrsg.): Antisemitis-mus in Europa und in der arabischen Welt. Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81 - 106.
- Bernstein, Julia: Wollen Sie uns etwa über Holocaust erzählen?, in: Trauma und In-tervention. Zum professionellen Umgang mit Überlebenden der Shoah und ihren Fa-milienangehörigen. Frankfurt a. M. 2010.
- Betzler, Lukas; Glittenberg, Manuel: Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein. Baden-Baden 2015.
- Botsch, Gideon u. a. (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Ver-gleich. Berlin 2012.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Antisemitismus im politischen Extremis-mus. Ideologische Grundlagen und Argumentationsformen. Berlin 2016.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungs-formen, Bedingungen, Präventionsansätze. Berlin 2011.
- Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Anti-semitismus. Berlin 2011.
- Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Aktuelle Entwicklun-gen. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin 2017.

- Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin 2018.
- Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin 2019.
- Chernivsky, Marina; Friedrich, Christiane: „Wege aus der Distanzierung – Beobachtungen im Seminarraum“, in: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung. Berlin 2014, S. 74 - 83.
- Czermak, Gerhard: Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute. Frankfurt a. M. 1991.
- Dantschke, Claudia: Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, in: Stender; Follert; Özdoğan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus, S. 129 - 146.
- Demirel, Aycan; Kassar, Yasmin; Holler, Malte: Israel, Palästina und der Nahostkonflikt. Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation, KlG A e. V. Berlin 2010.
- Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. Zur Darstellung der deutschen Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland in israelischen Schulbüchern. Frankfurt a. M. 1992.
- Eckmann, Monique: Bildungsstrategien gegen Antisemitismen, in: Einsicht, 8 (2012).
- Erb, Rainer; Kohlstruck, Michael: Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Braun Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage. Wiesbaden 2016, S. 229 - 256.
- Erb, Rainer; Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860. Berlin 1989.
- Erb, Rainer: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Baacke, Dieter; Farin; Klaus; Lauffer, Jürgen (Hrsg.): Rock von Rechts II. Milieus. Hintergründe und Materialien. Bielefeld 1999, S. 141 - 159.
- Erb, Rainer: Antisemitische Straftäter der Jahre 1993–1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 6 (1997), S. 160 - 180.
- Farschid, Olaf: Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhas- ses bei islamistischen Gruppen, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010. Brühl 2010, S. 435 - 485.
- Fava, Rosa: Schwierigkeiten, Bedürfnisse und Vorschläge für Fortbildungen zu Antisemitismus. Befragung von Multiplikator*innen, durchgeführt im Auftrag der KlG A e. V. Berlin 2016.
- Fein, Helen (Hrsg.): Anti-Jewish and Anti-Minority Discrimination, Ideology and Violence in Comparative Contexts, in: Dies. (Hrsg.): The Persisting Question, S. 211 - 223.
- Fein, Helen: Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions, in: Dies. (Hrsg.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. Berlin/New York 1987, S. 67 - 85.
- Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany. Cambridge 2007.
- Fréville, Gabriel; Harms, Susanna; Karakayali, Serhat: Antisemitismus – ein Problem unter vielen, in: Stender, Wolfram; Follert, Guido; Özdoğan, Mihri (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Wiesbaden 2010.
- Geiger, Wolfgang: Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung. Frankfurt a. M. 2012.

- Graus, František: Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit. Göttingen 1987.
- Harms, Susanna: Antisemitismus – ein Problem unter vielen. Eine Befragung in Jugendclubs und Migranten- und Migrantinnen-Organisationen. Berlin 2009.
- Heil, Johannes: „Gottesfeind“ – „Menschenfeinde“. Die Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert). Essen 2006.
- Holz, Klaus: Die antisemitische Konstruktion des „Dritten“ und die nationale Ordnung der Welt, in: von Braun/Ziege (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“, S. 43 - 62. Würzburg 2004.
- Holz, Klaus: Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme, (2000) 2, S. 270.
- Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg 2005.
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg 2001.
- Horn, Eva; Hagemeyer, Michael: Die Fiktion der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der „Protokolle der Weisen von Zion“. Göttingen 2012.
- Imhoff, Maximilian Elias: Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung. Frankfurt a. M. 2011.
- Ionescu, Dana; Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus in deutschen Parteien. Baden-Baden 2014.
- Jensen, Uffa; Schüler-Springorum, Stefanie: Antisemitismus und Emotionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28 - 30 (2014), S. 17 - 24.
- Jikeli, Günther: Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review, in: ISGAP Occasional Paper Series 1 (2015).
- Jikeli, Günther: Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern. Essen 2012.
- Kahlmann, Bodo: CSU und Antisemitismus. Eine konservative Partei zwischen Problemwahrnehmung und Ressentiments, in: Ionescu; Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 53 - 78.
- Kaiser, Wolf; Rinke, Kuno: Zum Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, in: Gryglewski; Elke u. a. (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Berlin 2015, S. 147 - 165.
- Klein, Anne: „Jude sein ist keine einfache Sache“. Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft, in: Gebhardt, Richard; Klein, Anne; Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim 2012, S. 209 - 229.
- Klug, Brian: The Collective Jew: Israel and the new Antisemitism, in: von Braun, Christina; Ziege, Eva-Maria (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. Aspekte des internationalen Antisemitismus. S. 221 - 239. Würzburg 2004.
- Kohlstruck, Michael; Ullrich, Peter: Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 52, Berlin 2014.
- Kranz, Dani: Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio „Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“. Gütersloh 2015.

- Leo-Baeck-Institut (Hrsg.): Deutsch-Jüdische Geschichte im Unterricht. Orientierungshilfe für Lehrplan und Schulbucharbeit. Frankfurt a. M. 2011.
- Leibold, Jürgen; Kühnel, Steffen: Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 7. Frankfurt am Main 2009, S. 131 - 151.
- Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914. Bonn 1978.
- Lewis, Bernhard: Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice. New York 1986.
- Mendel, Meron: Jüdische Jugendliche in Deutschland. Eine biographisch-narrative Analyse zur Identitätsfindung. Frankfurt a. M. 2010.
- Mertens, Lothar: Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München 1997, S. 89 - 100.
- Messerschmidt, Astrid: (Un)Sagbares – Über die Thematisierbarkeit von Rassismus und Antisemitismus im Kontext postkolonialer und postnationalsozialistischer Verhältnisse, in: Chernivsky, Marina; Friedrich, Christiane; Scheuring, Jana: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung. Berlin 2014, S. 55 - 74.
- Messerschmidt, Astrid, Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28–30 (2014).
- Messerschmidt, Astrid: Flexible Feindbilder. Antisemitismus und der Umgang mit Minderheiten in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, in: Stender, Wolfram; Follert, Guido; Özdoğan, Mihri (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden 2010, S. 91 - 108
- Müller, Jochen: Ventil und Kitt – Die Funktion von Israel und „den Juden“ in der Ideologie des arabischen Nationalismus, in: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts, hrsg. v. Initiative Antisemitismuskritik Hannover. Hannover 2003, S. 44 - 69.
- Munnes, Stefan; Lege, Nora; Harsch, Corinna: Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung. Eine Weltanschauungsanalyse der ersten bundesweiten „Mahnwache für den Frieden“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 25 (2016), S. 217 - 240.
- Nordbruch, Götz: Antisemitismus als Gegenstand islamwissenschaftlicher und Nahost-bezogener Sozialforschung, in: Bergmann, Werner; Körte, Mona (Hrsg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften. Berlin 2004, S. 241 - 269.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik, 14 (2007) 1, S. 49 - 58.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieformen, Definitionen und Fallbeispiele, in: Der Bürger im Staat, 63 (2013) 4, S. 252 - 261.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Opladen 2002, S. 155 - 159.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer Antisemitismus, Antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 24 (2015), S. 293 - 318.

- Pfahl-Traughber, Armin: Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Wien 1993.
- Pfahl-Traughber, Armin: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie“. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010. Brühl 2010, S. 604 - 628.
- Pfahl-Traughber, Armin: Israelfeindlichkeit zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011, S. 143 - 161.
- Pfahl-Traughber, Armin: Jamal Karsli und die „Junge Freiheit“: eine „antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörung“, in: Tribüne, 41 (2002) 163.
- Radvan, Heike: Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn 2010. Rappoport, Tamar; Lomsky-Feder, Edna; Heider, Angelika: Recollection and Relocation in Immigration: Russian-Jewish Immigrants »Normalize« Their Anti-Semitic Experiences, in: Symbolic Interaction, 25 (2002) 2, S. 175 – 198.
- Reichelt, Michael: Das Lexem „Jude“ im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 18 (2009).
- Rensmann, Lars; Schoeps, Julius H.: Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, in: dies. (Hrsg.): Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, Leiden/Boston 2010, S. 3 - 79.
- Rensmann, Lars: Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion der „Anderen“. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus heute, in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013) 2.
- Salzborn, Samuel; Voigt, Sebastian: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2013) 1, S. 103 - 111.
- Salzborn, Samuel: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Basel 2018.
- Salzborn, Samuel: Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik? Drei Klarstellungen zu den Einwänden von Peter Ullrich und Alban Werner, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2012) 1, S. 103 - 111.
- Sammons, Jeffrey L. (Hrsg.): Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar. Göttingen 1998.
- Schäuble, Barbara: Was haben wir damit zu tun? Zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus, in: KlGA e. V. (Hrsg.): Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, Berlin 2013.
- Schäuble, Barbara: „Anders als wir“. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Berlin 2012.
- Scherr, Albert; Schäuble, Barbara: „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Berlin 2007.
- Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.

- Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda: Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte – Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems, in: Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte. Berlin 2010, S. 1 – 14.
- Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. Foreword of JPSR Issue, in: Jewish Political Studies Review, 16 (2004) S. 3 -4 Stern, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen 1991.
- Stenzel, Burkhard: Weimar und die deutsch-jüdische Literatur um 1933, Erfurt 2020, in: Thüringen. Blätter zur Landeskunde, Nr. 131, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Tauchert, Stephanie: Jüdische Identitäten in Deutschland. Das Selbstverständnis von Juden in der Bundesrepublik und der DDR 1950 bis 2000. Berlin 2007.
- Webman, Esther: Discourses in Antisemitism and Islamophobia in Arab Media, in: European Societies, 14 (2012) 2, S. 222 – 239.
- Weil, Frederick: The Variable Effect of Education on Liberal Attitudes: A Comparative-Historical Analysis of Antisemitism Using Public Opinion Data, in: American Sociological Review, 50 (1985).
- Wetzel, Juliane: Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland. Wiesbaden 2014. Widmaier, Benedikt; Steffens, Gerd: Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute. Schwalbach/Ts. 2015.
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (Hrsg.): Juden in Deutschland – Selbst- und Fremdbilder. Pädagogisches Begleitmaterial zur Schülersausstellung. Frankfurt a. M. 2009.
- Zick, Andreas; Hövermann, Andreas; Krause, Daniela: Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 10, Berlin 2012.
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019). *Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fürnberg, O., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2019). *Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Wermke, M. (2020, i.E.). *Ein letztes Treffen im August 1941. Kurt Silberpfennig und die Praxis religiös-zionistischer Pädagogik*. Reihe Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland, Band 10. Münster: Waxmann.

Anhang

Definition von Antisemitismus

Da es keine festgelegte, umfassende Definition von Antisemitismus gibt, gilt als Arbeitsgrundlage die Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vom 26. Mai 2016.

Die IHRA-Arbeitsdefinition soll eine Hilfestellung sein, um antisemitische Äußerungen oder Handlungen als solche leichter identifizieren zu können:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Diese Definition ist am 20. September 2017 von der Bundesregierung durch einen entsprechenden Kabinettsbeschluss offiziell anerkannt worden.

Das bedeutet, dass die Definition der IHRA sowie die unten zu findenden Beispiele und Erklärungshilfen, die sich auch mit der Kritik am Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, befassen, zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus dienen sollen und Worte und Taten, die unter diese Definition fallen, als antisemitisch verurteilt werden.

Der Thüringer Landtag hat in seiner 123. Sitzung am 22. Juni 2018 nach einem Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem März 2018 beschlossen, dass alle Formen des Antisemitismus zu ächten sind und dass alles Nötige getan werden muss, damit Juden und Jüdinnen in Thüringen keine Angst vor Anfeindungen und Übergriffen haben müssen und antisemitisch motivierte Hasskriminalität konsequent geahndet und bestraft wird.

Der Thüringer Landtag hat sich dabei verpflichtet, jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen mit aller Konsequenz entgegenzutreten.

Beispiele und Erklärungshilfen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.

Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.

- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z. B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.